

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1921**

523 (9.11.1921) Abendausgabe

Verlags-Betrieb: In Karlsruhe: Am Verlage... monatlich M. 7.50, frei ins Haus... Einzelnummer 3. Monats.

Badische Presse

und Handels-Zeitung.

Verbreitetste Zeitung Badens.

Beilagen: Sportblatt / Technik u. Industrie / Frauenzeitung / Kleiner Kundschau / Feld u. Garten / Reise- u. Wälderzeitung / Volk u. Heimat

Verantwortliche Redakteure: Für deutsche und badische Politik: M. Polziner... Geschäftsstelle: Nr. 86. Redaktion: Nr. 309 und 319.

Englands Vorbehalte zum Wiesbadener Abkommen.

Wir haben schon verschiedentlich darauf aufmerksam gemacht, daß das Wiesbadener Abkommen den englischen Interessen gegenüber den deutschen Reparationsverpflichtungen nicht zu entsprechen scheint.

London, 9. Nov. (Eigener Drahtbericht.) Gestern veröffentlichte das Foreign Office den Bericht des englischen Vertreters in der Reparationskommission über das Wiesbadener Abkommen.

1. Nach einer gewissen Zeit sollen keine neuen Verordnungen der Schuldzahlungen mehr gestattet werden, und die Liquidierung der ausstehenden Zahlungen müsse in regelmäßigen jährlichen Ratenzahlungen erfolgen.

2. In keinem Fall soll die Gesamtsumme, für die man Deutschland einen Zahlungsaufschub gewähre, eine Summe von 4 Milliarden Goldmark überschreiten.

3. Es soll eine Bestimmung geschaffen werden, durch die sich Frankreich verpflichtet, auf das Konto der Reparationskommission im Verhältnis der in Sachwerten geleisteten Zahlungen die nötigen Summen abzurufen, um den anderen Alliierten den legitimen Anteil zu sichern, den ihnen Deutschland schuldet.

Wie die Reparationskommission ihre Aufgabe aufstellt

Paris, 9. Nov. (Eigener Drahtbericht.) Marcel Hutin berichtet im „Echo de Paris“, daß Millerand nach seiner Rückkehr aus Montpellier sofort bedeutende Konferenzen hatte, die sich auf die Festlegung der deutschen Reparation bezogen.

Frankreich und die deutschen Finanzen.

Der Wunsch nach Bevormundung Deutschlands.

U. Paris, 9. Nov. (Drahtbericht.) Der Zusammenbruch der deutschen Währung hat auch hier weiterhin schwere Sorgen gezeitigt.

Der Bankrott Deutschlands war gestern noch eine Hypothese. Wir haben den Gang der Ereignisse in Deutschland verfolgt und haben den Bankrott kommen. Heute ist er eine Tatsache.

radikaler Maßnahmen zweifelhaft wäre. Damit aber Deutschland derartige Maßnahmen ergreift, müßte man sie ihm aufzwingen. Man müßte seine Souveränität beschränken, es unter Vormundschaft stellen.

Briand's Programm für Washington.

WTB. London, 9. Nov. Der New-Yorker Berichterstatter von Reuters erfährt, daß Briand auf die Washingtoner Konferenz komme mit vollkommen freier Hand, unbehindert durch Instruktionen seines Kabinetts.

1. Frankreich stimmt mit den Vereinigten Staaten bezüglich der kommerziellen Angelegenheiten in China überein.

2. Die Verminderung der Rüstungen zur See findet von beiden Seiten keine Schwierigkeiten, da die französische Flotte bereits unter dem Maßstab steht, der wahrscheinlich von der Konferenz angenommen werden wird.

3. Die französischen Interessen werden in der Hauptsache von den Rüstungen zu Lande berührt angesichts der Stellung Frankreichs gegenüber Deutschlands.

4. Was die Frage der deutschen Reparationen betrifft, so ist sie eng verbunden mit der Frage, wann und wie Frankreich mit der Bezahlung seiner amerikanischen Schulden beginnen kann.

5. Frankreichs Verpflichtungen gegenüber dem Völkerbund verhindern nicht den Anschluß Frankreichs an andere Mächte innerhalb oder außerhalb des Bundes bei der Verminderung der Rüstungen oder der Regelung einer anderen Frage, die der Völkerbund als auch innerhalb seiner Rechtsgewalt befindlich betrachtet.

Douner nach Washington gerufen.

Paris, 9. Nov. (Eigener Drahtbericht.) Wie das „Echo de Paris“ meldet, hat Briand Douner beauftragt, sich nach Washington zu begeben.

Hardings Mission.

Dr. A. Genf, 8. Nov. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Die „Times“ melden aus Washington, Präsident Harding werde dahin wirken, daß die amerikanische Delegation den besonderen Bedürfnissen der verschiedenen Mächte Rechnung tragen werde.

U. Washington 9. Nov. (Drahtbericht.) Die „New York World“ spricht in einem Artikel der Erwartung aus, daß auf der Washingtoner Abrüstungskonferenz der Versailles Vertrag einer vollständigen Revision unterzogen werde.

Dr. A. Genf, 8. Nov. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Wie aus Washington gemeldet wird, ist man in amerikanischen Regierungskreisen der Meinung, daß die Aufrechterhaltung des Friedens in erster Linie davon abhängen werde, daß im fernem Osten das Prinzip der offenen Tür beibehalten wird.

Die Kartoffelernte.

1 Berlin, 8. Nov. Blättern zufolge dürfte nach Schätzung der amtlichen Stellen die diesjährige Kartoffelernte einen Reinertrag von 26 818 000 Tonnen haben, gegen 28 480 000 Tonnen im Vorjahr.

2 Berlin 9. Nov. Wie der „Berl. Lok.-Anz.“ aus Schneidemühl meldet, ist es in Graubenz und mehreren Orten Westpreußens zu Verunsicherungen gekommen.

Der preussische Wohlfahrtsminister.

1 Berlin, 9. Nov. Einer Korrespondenzmeldung zufolge hat die preussische Zentrumsfraktion für den Posten des preussischen Wohlfahrtsministers den Landtagsabg. Hirtfelder in Aussicht genommen.

Die Mörder Dato. Von der spanischen Regierung ist ein Auslieferungseruchen wegen der beiden in Berlin verhafteten Spanier, die des Mordes an Ministerpräsident Dato beschuldigt werden, eingegangen.

Umschau.

Der schönen Harmonie zwischen England und Frankreich, die durch das Nachgeben Englands in der oberösterreichischen Frage erzielt wurde, ist recht schnell ein Ende bereitet worden.

Sonderbarerweise ist diesmal nicht Deutschland der Erreger des Streits. Die Ursachen des Konflikts liegen in m a n e n O t e n. Die Gegensätze zwischen der Türkei und Griechenland und zwischen ihren Hintermännern Frankreich und England sind ja bekannt.

Der Vertrag, der in der Zwischenzeit im Wortlaut bekannt geworden ist, bringt fast nichts anderes, als das Abkommen, das Bekir Sami Bey schon im März vorgezeichnet hatte.

Wenn man die Bestimmungen dieses Abkommens liest, begreift man die Wut der englischen Presse und die Bestimmtheit der englischen Politiker. Ist durch den Vertrag doch die gesamte Orientpolitik Englands, die zu Tage trat durch die Einsetzung Abdullahs zum König in Transjordanien, die Wahl des Emiris Faisal zum König von Mesopotamien, durchkreuzt worden!

Nachtritt des preussischen Gesandten in Dresden. Der preussische Gesandte in Dresden, von Berger, hat seine Enthebung von seinem Amte beantragt.

## Schweizer Brief.

Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit. — Ueberbleibsel der Kriegswirtschaft. — Sparpolitik. — Nationale Arbeitsgemeinschaft. — Valutajorgen.

Ph. Basel, 7. Nov.

Sowohl im schweizerischen Landesparlament wie auch in den einzelnen kantonalen Parlamenten beschäftigt man sich mit der Frage, wie der gegenwärtig herrschenden Arbeitslosigkeit entgegengetreten werden kann. Die Basler Regierung legt dem Grossen Rat einen Beschlusseckentwurf vor, nach welchem der Kanton Basel-Stadt einen Kredit von 700 000 Franken auswerfen soll zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mittels Förderung des privaten Wohnungsbaues durch Verabfolgung von Subventionen an Bauunternehmungen; gleichzeitig soll die Regierung ermächtigt werden, durch Abgabe von Land aus öffentlichem Besitz im Wege des Erbbaurechts die Bautätigkeit zu fördern. Im kantonalen Parlament von Basel-Stadt dürfte der Antrag der Regierung auf keinerlei Opposition stossen; ohne Unterschied der Partei ist man darüber einig, daß sowohl die Wohnungsnot gelindert wie auch die Folgen der Arbeitslosigkeit gemildert werden soll; nur über die Frage des „Wie“ wird sich eine Diskussion entspinnen. Die Vertreter der Arbeiterschaft stellen an die Bewilligung von Bauunternehmungen einige strenge Bedingungen, auf welche die Bauunternehmungen nicht eingehen wollen. Aber es ist zu hoffen, daß sich die Parteien im Interesse der Lösung beider Fragen einigen können. Die Regierung hat für ihren Antrag die Dringlichkeit verlangt, damit unverzüglich mit den Arbeiten begonnen und ein Teil der Arbeiter beschäftigt werden kann.

Aus der Kriegswirtschaft sind immer noch einige Ueberbleibsel vorhanden, deren Beseitigung namentlich von den Vertretern des freien Handels verlangt wird. Schon lange tobt der Streit, ob das Getreidemonopol beseitigt oder dauernd beibehalten werden soll. Die Beseitigung wird ganz besonders von der Arbeiterschaft gefordert mit der Begründung, daß ein so notwendiger Artikel zur Lebenshaltung während der Spekulation entzogen werden müsse, während von den Monopolgegnern der Einwand erhoben wird, gerade das Staatsmonopol verleihe die Ware, während der freie Handel die Preise schon von selber reguliere und mit viel weniger Spekulanten als der Staatsbetrieb, der zudem noch recht schwerfällig sei und für die ausreichende Versorgung des Landes mit Getreide nicht die geringste Garantie biete. Nach Ansicht kompetenter politischer Persönlichkeiten sollte auch das Benzinmonopol beibehalten werden, denn das Benzin sei für den Verkehr ein so unentbehrlicher Behelf, daß es der Handel damit unmöglich in privaten Händen bleiben könnte. Auch hier äußert sich der dabei interessierte Privathandel im ablehnendem Sinne.

Vom Sparen spricht heute die ganze Welt; auch die schweizerischen Bundesbahnen müssen im Sparsinne reformieren. Hat man bisher lediglich mit der Einschränkung der Arbeiterzahl gespart, so soll nun auch mit der Reduktion des großen Beamtenheeres begonnen werden, weil man glaubt, beim Volke die unbedingte Zustimmung zu erhalten. Es sollen dadurch, daß eine Anzahl „hohe und höhere“ Beamte ausgeschieden werden, an 5 Millionen Franken eingespart werden. Im Verhältnis zum großen Eisenbahnbudget ist das eine kleine Summe, aber es soll damit dokumentiert werden, daß man nicht immer nach unten, sondern auch nach oben hin zu sparen versteht.

Zum Zwecke des Preisabbaues hat sich vor einiger Zeit in Basel eine „Nationale Arbeitsgemeinschaft“ gebildet, der alle Arbeitgeber und Arbeiterverbände angehören, die nicht „zur roten Fahne“ schwören wollen. Im Verein mit dem großen schweizerischen Volkswirtschaftsbund hat die „Nationale Arbeitsgemeinschaft“ an den Bundesrat eine Eingabe gerichtet, in welcher die Aufhebung aller Monopole gefordert wird in dem Sinne, daß damit ein rascher Preisabbau erzielt wird. Mit dem Preisabbau ist ja jedermann einverstanden und es wäre zu wünschen, wenn die Eingabe in diesem Sinne Erfolg hätte.

## Englische Bewegung gegen die farbigen Truppen

Orz. London, 8. November. Die englische Regierung hatte bekanntlich auf wiederholte Beschwerden und Anfragen englischer Unterhaus-Abgeordneter geantwortet, die gegen die farbigen Truppen im Rheinland vorgebrachten Vorwürfe seien zu übertrieben, daß das englische Auswärtige Amt sich nicht in der Lage sehe, Schritte bei der französischen Regierung in dieser Angelegenheit zu befehlen. Die in Frage kommenden Abgeordneten sind aber von dieser Antwort Lloyd Georges keineswegs befriedigt. Während der Parlamentsferien war eine Anzahl namhafter englischer Abgeordneter und politischer Schriftsteller in das Rheinland gereist und dabei übereinstimmend zu dem Schluss gekommen, daß es Aufgabe der französischen Regierung sein müsse, die kolonialen Besatzungstruppen zurückzuführen, um damit dem Frieden und der Versöhnung zu dienen. Es ist dabei zu bemerken, daß es sich nicht nur um liberale Abgeordnete der sogenannten pazifistischen Richtung, sondern auch um konservative handelt, die bisher alles andere als deutschfreundlich waren. Die Abgeordneten finden nun, daß die abweisende Antwort Lloyd Georges den Kern der vorgebrachten Beschwerden gar nicht trifft, weil die Störung, die die Anwesenheit kolonialer Truppen im Rheinland in den Beziehungen zwischen dem deutschen und dem französischen Volk notwendig machen würde, nicht nach der Statistik gewisser Verbrechen abgemessen werden kann, sondern mehr seelischer, darum aber nicht weniger tiefer Natur ist. Auch ist nach der Ansicht dieser Abgeordneten selbst die geringe Zahl von Verbrechen, welche die amtliche Statistik der Internationalen Rheinlandskommission gelten läßt, für das gute Verhältnis zwischen den beiden Ländern schon zu viel. Die Abgeordneten wollen sich daher bei der Antwort, die sie erhalten haben, nicht beruhigen, sondern die Angelegenheit im Parlament zur Sprache bringen. Die englische Regierung hatte schon

früher einmal bei der französischen die Frage der farbigen Truppen zur Sprache gebracht, wobei Frankreich erklärte, die weißen Truppen würden sich dreimal so teuer stellen als die kolonialen Soldaten. Die englische Regierung wünscht gegenwärtig an der Schwelle der Washingtoner Konferenz ein derartiges Thema aus Rücksicht gegenüber Frankreich nicht wieder aufzugreifen, aber es scheint, daß die Bewegung in England gegen die Verwendung farbiger Truppen im besetzten Gebiet zu stark geworden ist, um sich einbüßern zu lassen.

## Ein französischer Ritter Blaubart.

Dr. A. Genf, 8. Nov. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichters.) Vor dem Schwurgericht von Versailles begann heute der Sensationsprozess, dem ganz Paris mit großer Spannung entgegenfieht. Es handelt sich um einen etwa 50jährigen Mann namens

Landru, der angeklagt wird, 11 Frauen ermordet und beseitigt zu haben. Im Laufe der Untersuchung, die 2½ Jahre gedauert hat, wurden nicht weniger als 283 Fälle bekannt, in denen Landru mit Frauen in Beziehungen trat, um ihre Ersparnisse zu erschwindeln. Trotz aller Bemühungen ist es jedoch nicht gelungen, dem Angeklagten, der sich mit einer außerordentlichen Geschicklichkeit verteidigt, bisher schlüssige Beweise für seine Verbrechen entgegenzustellen.

RTB. Paris, 8. Nov. Am Schluss der gestrigen Verhandlung im Prozess Landru erklärte der Angeklagte nach Verlesung der Anklageschrift, er wiederhole, daß er unschuldig sei. Seit drei Jahren habe er den Beweis der gegen ihn vorgebrachten Anklagen verlangt, aber man habe keinen vorgebracht. Man habe nichts als zweideutige Dinge vorgefunden, die keine Anklage darstellen könnten.

## Die Eröffnung des badischen Landtags.

### Stimmungsbild.

Entsprechend der Bestimmung der badischen Verfassung trat der badische Landtag heute, am zehnten Tag nach der Wahl, zusammen. Schon vor der als Eröffnungsbegleitung festgesetzten Zeit (halb 11 Uhr), hatte sich das Haus ziemlich stark gefüllt. Wie in der gestrigen vorbereitenden Sitzung, so waren auch heute nahezu sämtliche Abgeordnete anwesend. Die fünf Minister hatten am Regierungstisch Platz genommen. Der Alterspräsident wurde in seinen Geschäften unterstützt durch die beiden Jugendsekretäre Dr. Föhr und Dr. Matthes. Die verschiedenen Tribünen waren dicht besetzt. Die Eröffnung vollzog sich einfach und schlicht; das von den früheren Zeiten her bekannte Zeremoniell fehlte. Die Abgeordneten nahmen ihre Sitze ein und wenige Minuten vor 11 Uhr eröffnete Alterspräsident Dr. Paasche die erste öffentliche Sitzung mit einer kurzen Ansprache, in der er feststellte, daß im Badener Lande die schwierige Aufgabe, die der verlorene Krieg an die badischen Staatsmänner stellte, am leichtesten von sämtlichen Ländern Deutschlands gelöst worden ist und daß der aus der badischen verfassunggebenden Landesversammlung hervorgegangene erste badische Landtag gute Arbeit geleistet hat, die vorbildlich für das ganze Deutsche Reich sein kann. Dr. Paasche sagte die Pflichten des neuen Landtags in die Formel zusammen: Alle Parteien müssen unter Hintanhaltung der Parteigegegensätze einmütig zusammenstehen und zusammenarbeiten für das Wohl des engeren und des weiteren Vaterlandes. Wir haben früher wiederholt ähnlich die Arbeit des ersten Landtages gewertet und wenn der neue Landtag die Worte seines Alterspräsidenten befolgt, so werden wir in den folgenden vier Jahren doch manchen Schritt vorwärts machen können, der dazu angeht, unser Land und Volk aus den unsäglichen Wirnissen und Drangsalen herauszuführen und wieder emporzuführen auf die Stufe, die wir vor dem Krieg erklommen hatten. Im Namen der badischen Regierung begrüßte Staatspräsident Trunk die badische Volksvertretung, der ebenfalls anerkennend der vom alten Landtag geleisteten Arbeit gedachte und wie der Alterspräsident andeutete, daß nur Zusammenarbeit und vor allem ungetriebener Anstrengung der Deutschen (liberalen) Volkspartei wegen Herabsetzung des Fraktionsminimums von 7 auf 5 Abgeordnete wurde die Sitzung geschlossen, ohne daß noch wie unsprünghlich vorgeesehen war, das Präsidium des Landtags hätte gemahnt werden können; auch die Ausschüsse werden erst morgen gebildet.

Die Eröffnung des Landtags wurde von dem badischen Staatspräsidenten Trunk begrüßt. Er sprach in der ersten öffentlichen Sitzung mit einer kurzen Ansprache, in der er feststellte, daß im Badener Lande die schwierige Aufgabe, die der verlorene Krieg an die badischen Staatsmänner stellte, am leichtesten von sämtlichen Ländern Deutschlands gelöst worden ist und daß der aus der badischen verfassunggebenden Landesversammlung hervorgegangene erste badische Landtag gute Arbeit geleistet hat, die vorbildlich für das ganze Deutsche Reich sein kann. Dr. Paasche sagte die Pflichten des neuen Landtags in die Formel zusammen: Alle Parteien müssen unter Hintanhaltung der Parteigegegensätze einmütig zusammenstehen und zusammenarbeiten für das Wohl des engeren und des weiteren Vaterlandes. Wir haben früher wiederholt ähnlich die Arbeit des ersten Landtages gewertet und wenn der neue Landtag die Worte seines Alterspräsidenten befolgt, so werden wir in den folgenden vier Jahren doch manchen Schritt vorwärts machen können, der dazu angeht, unser Land und Volk aus den unsäglichen Wirnissen und Drangsalen herauszuführen und wieder emporzuführen auf die Stufe, die wir vor dem Krieg erklommen hatten. Im Namen der badischen Regierung begrüßte Staatspräsident Trunk die badische Volksvertretung, der ebenfalls anerkennend der vom alten Landtag geleisteten Arbeit gedachte und wie der Alterspräsident andeutete, daß nur Zusammenarbeit und vor allem ungetriebener Anstrengung der Deutschen (liberalen) Volkspartei wegen Herabsetzung des Fraktionsminimums von 7 auf 5 Abgeordnete wurde die Sitzung geschlossen, ohne daß noch wie unsprünghlich vorgeesehen war, das Präsidium des Landtags hätte gemahnt werden können; auch die Ausschüsse werden erst morgen gebildet.

Die Eröffnung des Landtags wurde von dem badischen Staatspräsidenten Trunk begrüßt. Er sprach in der ersten öffentlichen Sitzung mit einer kurzen Ansprache, in der er feststellte, daß im Badener Lande die schwierige Aufgabe, die der verlorene Krieg an die badischen Staatsmänner stellte, am leichtesten von sämtlichen Ländern Deutschlands gelöst worden ist und daß der aus der badischen verfassunggebenden Landesversammlung hervorgegangene erste badische Landtag gute Arbeit geleistet hat, die vorbildlich für das ganze Deutsche Reich sein kann. Dr. Paasche sagte die Pflichten des neuen Landtags in die Formel zusammen: Alle Parteien müssen unter Hintanhaltung der Parteigegegensätze einmütig zusammenstehen und zusammenarbeiten für das Wohl des engeren und des weiteren Vaterlandes. Wir haben früher wiederholt ähnlich die Arbeit des ersten Landtages gewertet und wenn der neue Landtag die Worte seines Alterspräsidenten befolgt, so werden wir in den folgenden vier Jahren doch manchen Schritt vorwärts machen können, der dazu angeht, unser Land und Volk aus den unsäglichen Wirnissen und Drangsalen herauszuführen und wieder emporzuführen auf die Stufe, die wir vor dem Krieg erklommen hatten. Im Namen der badischen Regierung begrüßte Staatspräsident Trunk die badische Volksvertretung, der ebenfalls anerkennend der vom alten Landtag geleisteten Arbeit gedachte und wie der Alterspräsident andeutete, daß nur Zusammenarbeit und vor allem ungetriebener Anstrengung der Deutschen (liberalen) Volkspartei wegen Herabsetzung des Fraktionsminimums von 7 auf 5 Abgeordnete wurde die Sitzung geschlossen, ohne daß noch wie unsprünghlich vorgeesehen war, das Präsidium des Landtags hätte gemahnt werden können; auch die Ausschüsse werden erst morgen gebildet.

### Sitzungsbericht.

#### 1. Sitzung.

— Karlsruhe, 9. Nov. Der neugewählte Landtag trat heute vormittag 11 Uhr zu seiner ersten Sitzung zusammen. Schon lange vor Beginn waren die Abgeordnetenbänke und die Tribünen dicht besetzt. Am Regierungstisch hatte das Gesamtministerium Platz genommen.

Alterspräsident Dr. Paasche (D.Vp.) eröffnete die Sitzung mit einer kurzen Ansprache, in der er u. a. sagte: Als vor mehr als 2½ Jahren der erste badische Landtag zusammentrat, hatte er schwere Aufgaben zu erfüllen, um eine Grundlage zu schaffen, auf der politisch und wirtschaftlich weiter gearbeitet werden könnte. Gerade in Baden hat sich die schwierige Aufgabe der Ueberführung in neue Verhältnisse am allerleichtesten in Deutschland vollzogen. Und es war gerade der badische Landtag, der gute Arbeit leistete. Damals konnte der Präsident der vorläufigen Regierung feststellen, daß trotz aller schweren Zeiten die Hoffnung bestünde, einen Frieden zu schaffen, der einen Neuaufbau Deutschlands ermöglichen würde. Diese Hoff-

## Die Eröffnung des badischen Landtags.

nung war trügerisch und wir sind heute gezwungen, einem Feinde gegenüber zu treten, der die Absicht hat, das deutsche Volk und Vaterland zu unterdrücken. Wir müssen deshalb mit allen Kräften daran arbeiten, dieses uns drohende Unglück abzuwenden. An uns, den neugewählten Vertretern des badischen Volkes, liegt es, einmütig zusammenzutreten und unter Hintanhaltung der Parteigegegensätze gemeinsam für das Wohl des Vaterlandes zu arbeiten. (Beifall.)

Staatspräsident Trunk begrüßte den neuen Landtag namens der Staatsregierung und fuhr fort: Mit dem Wort des Begrüßens darf ich auch ein Gebeten an den ersten badischen Landtag verbinden. Der alte Landtag hat bei aller Arbeit stets den Blick auf das große Ganze zum Wohle Badens und des ganzen Deutschen Reiches gerichtet. Wenn in den letzten 3 Jahren schwere Aufgaben zu lösen waren, so bleibt der zweite Teil des neuen badischen Landtag vorbehalten und ich hoffe, daß es gelingen möchte, diese Aufgabe zu lösen. Wir stehen in einer außerordentlichen nationalen und völkischen Not unter ungeheurer Druck von außen. Tragen wir den Zwang mit Würde und im Gebeten an unsere frühere Kraft. Ein starker Wille wird notwendig sein, um aus den Wirnissen herauszukommen. Wir müssen immer Verständnis für die Not unserer Finanzen im Reich und in Baden, die Not der Nation und unserer Wirtschaft haben. Wir müssen auch hier als Vertreter des badischen Volkes den Willen haben, nur positive Arbeit zu leisten. Zusammenstehen, Zusammenarbeit ist notwendig. (Beifall.)

Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten. Ein interfraktioneller Antrag zur Prüfung der Vollmachten der Abgeordneten wurde bei Stimmenthaltung der Kommunisten und Unabhängigen einstimmig angenommen. Nach einer Geschäftsordnungsdebatte konstatierten sich die einzelnen Fraktionen zur Wahlprüfung. In diesem Zwecke wurde um 12 Uhr die Sitzung auf eine halbe Stunde unterbrochen.

In der um 12½ Uhr wieder aufgenommenen Sitzung wurden die Wahlprüfungen in den einzelnen Wahlkreisen für und gegen anstand erklärt, nur im 4. Wahlkreis lag ein Protest aus Baden-Baden vor; die Prüfung des 4. Wahlkreises wird einem besonderen Wahlprüfungsausschuss überwiesen.

Ein Antrag der Mitglieder der deutsch liberalen Volkspartei auf Herabsetzung des Fraktionsminimums auf 5 Mitglieder wurde nach längerer Aussprache und nachdem ein sozialdemokratischer Widerspruch zurückgezogen war, dem Vertrauensmännern ausnahmsweise überwiesen, der morgen vormittag hierüber berät.

Nächste Sitzung Donnerstag vorm. 11 Uhr: Wahl des Präsidiums. Schluss der Sitzung 1 Uhr.

Anlässlich der Landtagseröffnung fand heute vormittag 9¼ Uhr in der St. Stefanskirche ein feierliches Hochamt statt, das vom Geistl. Rat und Stadtdiakon Link unter Mitwirkung der Kapläne Geller und Mundel geleitet wurde. Die katholischen Abgeordneten waren fast vollständig erschienen, von der Regierung Staatspräsident Trunk und Finanzminister Köhler, ferner einige höhere Beamte. Außerdem hatte sich eine größere Kirche Gemeindeglieder zum Gottesdienst eingefunden, der vom Kirchenchor durch die kirchlichen Gesänge und ein Marienlied am Schluß verherlicht wurde.

### Gesuche.

Dem Landtag lagen heute bereits folgende Gesuche vor: des Landesartells Baden des Deutschen Bauernbundes, Karlsruhe über die Ostklasseneinteilung, des W. Schmeinfurth in Karlsruhe, Schesselstraße 62, wegen Geschäftsmaximierung, der Altpensionäre und Hinterbliebenen von Militärdienst des ehemaligen Gröb. Hoffmeisters um Erhöhung ihrer Bezüge, des Bezirksvereins Emmendingen des Badischen Bauernbundes wegen Einreihung der Stadt Emmendingen in das neue Ostklassenverzeichnis, des R. Kappes, Landwirt in Bobstadt um Rechtshilfe, des Invaliden Fr. Mademull in Rorsch um Unterstützung, des Fr. Schumacher in Pfaffenstadt um WiederEinstellung in den Eisenbahndienst, des ehemaligen Fahnders des Badischen Landespreisaemtes K. Bed um Gewährung einer Abfindung.

### Geistlicher Rat Dr. Schofer.

Führer des badischen Zentrums und Vorkämpfer der Zentrumsfraktion, wurde von Papst Benedikt XV. zum päpstlichen Hausprälaten ernannt.

### vorzeitiger Erschlaffung

Bel Nehme man „Firmusin“! Aertzlich begutachtet und empfohlen. Preis pro Paket (60 Tabl.) Mk. 18.— Depot: „Internationale Apotheke“, Karlsruhe I. B., Kaiserstraße 80

## Theater und Kunst.

Aufführung am Mainzer Stadttheater. Waldeemar Wendland: „Peter Sulfos“.

Text von Olga Wohlbrück.

Aufführungen sind am Mainzer Stadttheater im Gegensatz zu früheren Seitenstücken geworden. Das Bedauern ist darum umso unmittelsbarer, wenn der Eintritt eines derartigen Ereignisses den Rahmen, den man sich einmal dabei vorstellt, nicht ausgefüllt wird, wenn das Bild der Unvollkommenheit Züge trägt.

Russisches Milieu, wie es in Wendlands Wohlbrücks Oper gewählt ist, erweist sich bekanntermaßen einiger Beliebtheit, bei Lesern und Hörern. Mit der wachsenden Deutlichkeit ergibt sich die größere Willkürfreiheit, die wir nun einmal die Begriffe gedehnter und verschommener werden, die Gestaltung freigegeben und mancherlei dem „Milieu“ zuzuschreiben erlauben, was sonst nicht erlaubt wäre. Echtheit und Unschtheit mischen sich hier in ununterscheidbaren Grenzen zu milderen Umständen.

Im vorliegenden Werk nach Olga Wohlbrücks Roman die Lufts geschaffen, in letzter Spielzeit in Basel zum ersten Mal aus Licht getreten, ohne daß kräftige Dauerstrahlung geblieben wäre, wird der Hörer vor konzentrierten Osten gesetzt. Schärft Gegenstände starker Unklarheit mit westlichem Empfinden werden mit allen Mitteln eines ernsthaften Milieus um Gestaltung zu schreiender Theatralik aufgebaut, ohne daß das Fundament, die Denkbareit, die Möglichkeit, die psychologische Folgerichtigkeit, gesichert wäre. In allen Hauptgestalten sind hier das Textbuch wesentlich, bei Peter Sulfos selber, bei der reinen Magd Nuta, einer in kaum angenehmerer Passivität Liebenden, bei der Nichte der Mutter, der einzigen Hochgestalt der Oper. Eingestellt ist alles auf den Theatereffekt, wobei der Vorgang sich hart an die Grenze des Erträglichen wagt und an Schaulustigkeiten anderer Art mahnt. Es laufen Kräfte unter, die wir auch im Gewand eines russischen Nationalcharakters unmöglich als entwürdigbar ansehen mögen, die im zweiten Akt bei der Trauung einen Grad erreichen, der die Gefahr des Umschlages der Stimmung beidseitig nahe bringt. Selbst alle Echtheit dieser Szenen als Nationalfeindtum der Russen vorausgesetzt, es bleibt doch eine Abwehr und ein leises Wir dante.

Die musikalische Untermauerung dieses Vorwurfs bringt Wend-

land als gewandten Instrumentalisten in Vordergrund. Es ist manches reizvoll erfüllt und im Anfang an die Weisen des Ostens glänzlich gefastet, besonders wenn es sich um geschlossene musikalische Formen, Tänze, Lieder und dergleichen handelt. In diesen es scheint, als wenn die Mängel des Textes sich rückwirkend gehäuft hätten. Die Breite der Textanlage lehrt auch musikalisch nicht zum Vorteil des Ganzen wieder, die knappe Handlung erfährt durch die Nuta einen nach diderem Auftrag von Farben, die als Uebermaß empfunden werden. Einer Mäßigung von Mitteln steht keine dynamische Ausgleichung gegenüber. Fortissimo jagt Handlung und namliche Ausgleichung vorüber, kaum eine Andeutung eines Ruhepunktes. Der Grundzug der Musik, die Melodien anseht, aber nicht aufnimmt und fortführt, wird mit dem Wort modern festgehalten sein. Nicht klar erkennbar ist, wie weit sich eigenes Empfinden des Komponisten mit vorhandenem vermischt. Mit zu dem Brauchbarsten gehört ein capella-Chor im zweiten Akt, anderes wieder ermöglicht in Konstruktion und erstreckt tiefer Anteilnahme. Mitreisende sieht einen ganzen, bemerkenswerten lyrischen Anstich bedeutet vielleicht einen Fingerzeig. Der Unkenntnis der Instrumentation wohnt ein Zweifel inne, in dem auch Anlehnungen sich zeigen, so an Tieland, wie ja der ganze Vorwurf das gleiche Thema ist, der Kampf zwischen den liegenden Untergebenen gegen den fordernden Herrn, nur daß die Nuta keine Martha ist. Den Höhepunkt im Drama gibt die greise Mutter, wahrhaft ein Bild von tiefer Abgeschiedenheit, aus dem eine Tiefe ausquillt und beinahe gefangen nimmt.

In der Einstudierung hatten die Autoren einen wahrhaften Freund, der alles tat, was in seinen Kräften stand. Eine Glanzleistung war Herrn Stiers Sulfos, der gelanglich und darstellerische explosive Natur des gewollten russischen Gewaltmenschen herausbrachte. Die Nuta von Fräulein Stephan erweist durch außerordentlich gelangliche Vorträge, Herr Moscow dremste bei dem Verwalter Nuta die Gefahr der Uebertriebung ab und blieb durchaus glaubhaft. Das ganze Werk verlangt einen außerordentlichen Aufwand an Ausstattung, dem man durch neue Dekorationen gerecht wurde wie den technischen Schwierigkeiten. Als Aufführung kann das Mainzer Stadttheater einen Erfolg in seine Annalen schreiben und den rauschenden äußeren Erfolg indem einiger Widerspruch unterging. W. Romberg.

— Bad. Landesstheater. Da sich Fr. G. Siebert einer Kieferoperation unterziehen mußte, mußte eine Spielplanänderung in dieser Woche vorgenommen werden. Ansgedessen fällt die Vorstellung von „Die verstellte Einsalt“ am Freitag, den 11. d. M. aus und findet dafür die Schülermiete-Vorstellung A 7 „Uelssandro Stradella“ statt. Am Sonntag, den 13. November, wurde die „Manon“ Wagner, „Der liegende Holländer“ angeführt. Die Vorstellung beginnt um sieben Uhr. — Am Freitag, den 11. November, gelangen für die „Volkshöhle“ Heinrich von Kleists einaktiges Lustspiel „Der zerbrochene Krug“ und Molières Komödie „Der eingebildete Kranke“ zur Aufführung, womit die Vorstellungssolge C beginnt. Die beiden Stücke haben die von ihrer letzten Neuinszenierung am Landesstheater her bekannte Besetzung der Hauptrollen behalten, mit Ausnahme der „Eva“ und des „Rupprecht“ im „Zerbrochenen Krug“, die jetzt von Karla Gerl und Hubert Engelmann dargestellt werden und der „Angelique“ und des „Cleanthe“ im „Eingebildeten Kranken“, die an Hansi Kasse und Ludwig Ungert übergingen.

— Karlsruher Künstler auswärts. Frau Marie von Ernst, die hervorragende Koloraturängerin unseres Landesstheaters hat kürzlich in einem Konzert in Zürich mitgewirkt. Wir lesen darüber in Züricher Blättern: Ihren Namen wird man sich merken. Frau von Ernst hat einen dramatischen Kultursopran von bedauerlicher Kraft und von außergewöhnlichem Umfang. In einer Art von Mozart zeigten sich unentzerrbare Vorträge: Guter Registerausgleich der schönen Stimme und beste Atemtechnik. Mit warm pulsierendem Leben und mit voller dramatischer Gestaltungskraft füllte die Künstlerin die „Glückseligkeit“ aus Delibes „Lakmé“. In glanzvoller Weise kamen die Koloraturen zur Geltung, sprüher Vortrag wechselte mit starken dramatischen Akzenten. So daß man keine helle Freude hatte, diese wenig gekannte französische Musik in so vollendeter Weise zu hören.

— Ein Esch-Vöhringer-Institut. In den Räumen des Sendenbergischen Museums in Frankfurt a. M. ist unter dem Vorsitz des Geh. Regierungsrats Prof. Dr. Ehrhard ein wissenschaftliches Institut für Esch-Vöhringer im Reich gegründet worden, das demnächst feierlich eingeweiht werden wird.

# Badische Chronik der Badischen Presse.

Mittwoch 9. November 1921.

## Geistl. Rat Wader

Geistlicher Rat Dr. Wader ist, wie uns ein Drahtbericht aus Freiburg meldet, heute mittag dort an den Folgen einer Lungenentzündung gestorben.

Geistlicher Rat Theodor Wader wurde am 5. November 1845 in Böhsbach bei Offenburg als Sohn eines Kammachers geboren. Nach Absolvierung der Gymnasialstudien in Offenburg und Freiburg studierte er an der Freiburger Universität Theologie und wurde im Jahre 1869 von dem damaligen Bischof des Erzbistums Freiburg, Bischof Dr. Lohar von Rübel, zum Priester geweiht. Wader war zuerst einige Jahre Kaplan in Konstanz, kam von dort als Benefiziumsverwalter nach Freiburg und im Jahre 1883 als Pfarrer nach Jähringen, wo er zuletzt sechszwanzig Jahre lang wirkte. 1894 wurde er durch die Verleihung des Titels „Erzbischöflich Geistl. Rat“ ausgezeichnet. In das politische Leben war Theodor Wader schon früh eingetreten. Als Kaplan arbeitete er in den katholischen Vereinen und in der Presse für die katholische Volkspartei und 1879, als Vender Parteichef war, wurde er im Wahlkreis Staufer-Freiburg-Land in den badischen Landtag gewählt. Er gehörte diesem zunächst bis 1886 an. Gesundheitsliche Verhältnisse und politische Vorgänge bestimmten ihn, vorläufig kein Mandat mehr anzunehmen und erst 5 Jahre später, 1891, trat er wieder, nun als Vertreter des 34. Wahlbezirks Ettlingen-Kastatt, in die Zweite Kammer ein. Hier war er Fraktionschef des Zentrums bis zu seinem 1902 erfolgten Austritt aus dem parlamentarischen Leben, der aber keineswegs denjenigen aus dem politischen Leben bedeutete. Er behielt vielmehr die Führung in der Zentrumspartei bis in den späteren Gesundheitszustand doch zur Untätigkeit zwang und an seine Stelle Dr. Schöfer trat. Auch zahlreiche politische Schriften entkammen seiner Feder, so: „Friede zwischen Berlin und Rom“, „Das erste Friedenswort im badischen Kulturkampf“, „Die Zentrumspartei in Baden“, „Die Rechte der abhängigen Wähler“ u. a. m.

In Theodor Wader verlor die badische Zentrumspartei einen ihrer freibleibenden Vorkämpfer. Die Älteren vor allem erinnern sich der heißen Reden, die der grimmige „Löwe von Jähringen“ mit seinen Gegnern in Parlament, Presse und Versammlungen ausfocht. Aber bei aller Unerbittlichkeit seines Wesens, bei all seinem von unbegreiflicher Feindseligkeit gegen die Nationalliberalen getragenen, scharf abweisenden Ton war es doch in jener Zeit auch zu etwas wie ein ästhetisches Erlebnis, ihn mit seinen Gegen-Parlamentariern in der oder jener in scharfen Debatten zu sehen. Seine große Bedeutung für seine Partei haben auch die politischen Gegner stets anerkannt, nicht minder seinen eisernen Fleiß, seine rastlose parlamentarische Arbeit. Fast mußte es wie ein Wunder erscheinen, daß er daneben noch für den organisatorischen Ausbau des Zentrums und für seine an Zahl und Länge hervorragenden, jedenfalls mit unendlicher viel Material ausgestatteten Artikel in der Presse noch Zeit fand.

Nach seinem Ausscheiden aus dem Landtag rief ihn der Streit zwischen der sogenannten Röhler und der Berliner Richtung noch einmal in die vorderste Kampfront. Aber damals gab ihm besondere Rücksichten Halt, ja, er mußte es sogar erleben, daß eine seiner Broschüren auf den päpstlichen Index gesetzt wurde. Doch tat das seinem Ansehen bei der Anhängerenschaft des badischen Zentrums, das zum größten Teil seine Stellungnahme gegen eine kirchliche Oberleitung der Partei und Parlamentarier billigte, keinen Abbruch. Und so wird der Selbsterlöser in den Kreisen der Zentrumspartei nicht nur Baden als ein großer Verlust empfunden werden.

## Landesverband zur Bekämpfung der Tuberkulose.

Am Sonntag fand in Schwetzingen die diesjährige Landesversammlung des Badischen Landesverbandes zur Bekämpfung der Tuberkulose statt. Vorausgegangen war eine Besprechung der Verzeichnisse über „Arzt und Fürsorge“. Der Landesverband, an der Spitze Prof. Starck-Karlsruhe begrüßte die Tagungsteilnehmer, darunter die Vertreter der Ministerien, Behörden, Vereine und der Ärztschaft und gedachte der ehemaligen Großherzogin Luise als der Begründerin der badischen Organisation zur Bekämpfung der Tuberkulose. Der Redner machte Mitteilungen über die Zunahme der Tuberkuloseerkranklichkeit; sie war auf dem Lande ein Drittel geringer als in der Stadt. Die Sterblichkeit der Frau an Tuberkulose überstieg während des Krieges die des Mannes, hervorgerufen durch die stärkere Beteiligung der Frau am öffentlichen Leben während der Kriegsjahre. Die Höhe der Sterblichkeitsziffern überwinden zu können, seit 1919 ist ein erheblicher Rückgang der Tuberkuloseerkranklichkeit eingetreten. Die brennendste Frage in der Tuberkulosebekämpfung ist die Wohnungsfrage; in zweiter Linie steht die Ernährungsfrage. Die Sozialversicherung muß sich mehr als bisher der Bekämpfung der Tuberkulose beim Rande widmen.

Nach dem von Prof. Dr. Fetzlhaus erstatteten Geschäftsbericht ist die Reorganisation der 73 selbständigen Bezirks- und Ortsausschüsse (einschließlich der mehreren hundert kleineren Ortsausschüsse) völlig durchgeführt. Unterstützungen an Geld und Lebensmitteln sind dem Landesverband sehr reichlich zufließen: 344 Personen wurden ihm selbst in verschiedene Heilstätten und Krankenhäuser gebracht. Der Redner berichtete dann über den Stand der Tuberkulose in Baden. Im Verlauf der Aussprache wurde lebhaft besprochen, daß die Tabakmonopolgesellschaft den Landesverband unterstützt. Von den durch die Gesellschaft in Erholungsstätten untergebrachten Kindern waren 75 Prozent badischer Herkunft. Schließlich sprach noch Stadtschulrat Dr. Kehr-Seidelberg über die Bekämpfung der Frau in der Tuberkulosebekämpfung, besonders auf dem Lande.

## Erste Bad. Interkonfessionelle Konferenz für a. l. o. freie Jugenderziehung.

Am Sonntag, 8. Nov. Bereits im März d. Js. richteten namens des Bad. Landesverbandes gegen den Alkoholisismus der Vorsitzende des Aufklärungsausschusses, Pfarrer Paul Werner (Innere Mission) und Pfarrsekretär W. Baumeister (Caritas), Vorsitzender des Ausschusses für Trinkerfürsorge unter Verantwortung durch den Vorsitzenden des Landesverbandes, Ministerialrat Dr. Fuchs, einen gemeinsamen, ersten, dringenden Aufruf um entschiedene Mitarbeit im Kampfe gegen den Alkoholisismus an alle katholischen und evangelischen Geistlichen Badens. Dieser Bitte schlossen sich außerdem die Vertreter des Erzbisch. Ordinariats, des evangelischen Oberkirchenrats, des Badischen Landesvereins für Innere Mission und des Caritasverbandes Freiburg an.

Von gleichen Beweggründen geleitet, wagt es der Badische Landesverband gegen den Alkoholisismus auf die Tage vom 7. bis 9. November die Erste Badische Interkonfessionelle Konferenz für a. l. o. freie Jugenderziehung einzuberufen. Zur Eröffnungsfest im Landtagsgebäude fanden sich etwa 70 Teilnehmer, katholische und evangelische Geistliche aus dem ganzen Land ein. Um 4 Uhr eröffnete der Vorsitzende des Landesverbandes, Ministerialdirektor Dr. Fuchs, die Konferenz mit merkwürdigen, ernstlichen, einflussreichen Worten. Der Alkohol greift, so führte der Redner aus, nicht nur an die Wurzel unserer Volkswirtschaft und unserer Volksgesundheit, sondern er ist auch ein Zerstörer, Verderber und Feind unserer Volkswirtschaft. Sie alle, die Sie sich beschäftigen mit Seelennot und Seelenheilung, wissen aus eigener Erfahrung besser als ich es sagen könnte, welche sittliche Not vom Alkohol herrührt. Der Vorsitzende dankte den beiden Kirchenregierungen, die in großzügiger Auffassung der Dinge empfehlend auf diese Konferenz hingewiesen haben, gemeinsam dazu einladen und besondere Vertreter hierzu entsandten, jodann dem Vertreter des Kultusministeriums, dem Präsidenten des Landtags und rief den Teilnehmern ein herzlich Willkommen zu.

Namens des evangelischen Oberkirchenrats übermittelte jodann Oberbischöflicher Kirchenrat Fischer die herzlichsten Wünsche. Der evangelische Oberkirchenrat begleitet die Bestrebungen des Landes-

verbandes gegen den Alkoholisismus mit allerwärmstem Interesse und beglückwünscht ihn zu den bereits erreichten schönen Erfolgen. Das Unternehmen, die Geistlichen der verschiedenen Konfessionen im Kampfe gegen einen der schlimmsten Feinde nicht nur des Volkes, sondern auch der Kirche und der Sittlichkeit zusammenzurufen und zu einigen, erfüllt den evangelischen Oberkirchenrat mit der allergrößten Genugtuung.

Im Auftrag des Erzb. Ordinariats begrüßte Geistlicher Rat Stadtdirektor Link die Versammlung. Der gleiche Auftrag, dessen sich mein Vordredner erledigt hat, ist mir von meiner Kirchenbehörde übertragen worden. Als sie Kenntnis erhielt von der Absicht einer gemeinsamen Tagung, war sie selbstverständlich sofort bereit, alle diese Bestrebungen von dieser Seite aus, soweit irgend möglich, zu unterstützen. Die von meinem Vordredner erwähnten Motive sind in gleicher Weise auch für uns maßgebend beim Kampfe gegen den schrecklichsten aller Teufel, gegen diese furchtbare Seuche. Die Behörde hat ganz besonders warm das Moment aufgegriffen, daß man die Jugend von Innen heraus erziehen will.

Ministerialdirektor Dr. Fuchs dankte jodann den beiden Vertretern der Kirche für ihre freundlichen Worte und für die Wärme, mit der sie für die gemeinsame Tagung eintraten. Er bat, den Kirchenbehörden den innigsten Dank für die unseren Bestrebungen zu teil gewordene außerordentliche Förderung zu übermitteln.

Darauf hielt der Vorsitzende des Ausschusses für Aufklärung, Pfarrer Werner-Karlsruhe den Einleitungsbericht über das Thema „Die durch die heutigen Verhältnisse in unserem Vaterlande gegebene Notwendigkeit einer ganz entschiedenen Stellungnahme zur Alkoholfraße“ und beleuchtete die Frage vom volkswirtschaftlichen, naturwissenschaftlichen, sozialen, gesundheitlichen, sittlichen und religiösen Standpunkt aus.

Als letzter Redner gab Stadtpfarrer Stadte-Karlsruhe einen interessanten Überblick über die Geschichte der Nüchternheitsbewegung nach diesen inhaltlichen und lehrreichen Referaten jodoch Ministerialrat Dr. Fuchs diesen ersten Abend, der bei allen Teilnehmern einen tiefen Eindruck hinterließ.

## Die Karlsruher Verkehrsbeamten zur Ortsklasseneinteilung und Beibehaltung.

Man schreibt uns: Am Samstag fand in der Restaurationskeller eine Mitgliederversammlung der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter (Ortsgruppe Karlsruhe) statt, die von etwa 300 Mitgliedern besucht war. Die Versammlungsleitung lag in den Händen des 2. Vorsitzenden Eisenbahninspektors Hammer. Die Tagesordnung erstreckte sich hauptsächlich auf die Ortsklasseneinteilung der Stadt Karlsruhe und die neuerdings bewilligte Erhöhung der Beamtengehälter. Da Karlsruhe im Entwurf des Reichsstatistischen Amtes in Berlin in Klasse B eingeordnet wurde und die Spitzenorganisation der Beamten mit dem Deutschen Beamtenbund bei den Verhandlungen mit dem Reichsstatistischen Amt am letzten Freitag nicht wie man erwartet hatte, als gleichberechtigte Verhandlungspartner zugelassen wurden und auch sonst keine Entgegenkommen fanden, wurden von den Organisationen diese Verhandlungen abgebrochen. Die Versammlung faßte eine Entschliessung, in der sie als höchste Verwahrung dagegen einlegt, daß die Not der Beamten der Stadt Karlsruhe und ihre gegenüber anderen Landeshauptstädten wie Stuttgart, München, Dresden völlig berechnete Forderung auf Einreihung in Klasse A nicht anerkannt werden soll. Es wurden zur Unterfertigung der Karlsruher Forderung zwei bekannte Beamtenführer (Bachus, Post) nach Berlin entsandt, die mit allen zu Gehote stehenden Mitteln sowohl bei den Spitzenorganisationen, als auch bei den Vertretern der badischen Regierung in Berlin und den badischen Reichstagsabgeordneten verhandeln wollen, daß noch in letzter Stunde das Verwerfste getan wird, um die gerechte Forderung durchzusetzen. Sehr beruhigt hat es, als bekannt wurde, daß die Nachfragen aus der Bundesverwaltung noch Mitte ds. Mts. stattfinden sollen. Jedoch sind diese Beträge so gering, daß auf einen mittleren Haushalt nur 400 Mark entfallen werden. Auch diese Forderung hat gezeigt, daß trotz der beschwerden Forderung des Deutschen Beamtenbundes nur wenig erreicht worden ist. Nur weil der Feind vor den Mauern unserer Landeshauptstadt steht und im Reich wie im Ausland privatrechtliche Bestrebungen befürchtet werden, die die planmäßige Überführung der Reichseisenbahnen in privatrechtlichen Besitz bezwecken, will man sich mit dem vorläufig Erreichten einverstanden erklären. In der Erkenntnis, daß die Reichseisenbahnen das wichtigste Mittel zur Erhaltung der Reichseinheit sind, die nicht nur im Interesse der Reichsbeamten, sondern auch der Reichsbevölkerung, bei der Appell des ersten Referenten zur Einigkeit öffentlichen Beifall. Wichtig ist es, daß die Spitzenorganisationen sich vorhalten haben, bei fortwährender Teuerung neue Forderungen an die Regierung zu stellen. Dabei wird es das Bestreben der Organisationen sein, das bisher nicht Erreichte möglichst bald durchzusetzen.

## Karlsruhe

7. Bretten, 7. November. Am Samstag mittag tagte im Deutschen Kaiser ein außerordentlicher Bezirksrat des Reichsbundes der Kriegsbekämpften usw. zu dem von der Gauleitung der Geschäftsführer erschienen war. Nach Erlebigung verschiedener Vereinsangelegenheiten wurde zum ersten Bezirksvorsitzenden Walter Wöfling, zum 2. Kamerader Bedelshausen gewählt. Der Bezirksverein gab sich ein Statut. Die in außerordentlich großer Zahl erschienenen Mitglieder hörten dann längere Ausführungen des Kameraden Gaertner, der über den Einfluß der Ortsklasseneinteilung auf die Rente sprach. Einflimmig forderte die ganze Versammlung die Aufhebung des heute in nichts mehr begründeten Ortsklassengesetzes, da das Leben auf dem Lande heute vielfach eben so teuer, ja noch teurer sei als in der Stadt. Wenn aus technischen Gründen, um den ganzen Ausbau der Renten nicht zu stören, die Aufhebung desselben nicht geschehen könne, so müsse er unter allen Umständen für alle Ortsklassen gleich bemessen werden. — Die in den letzten Tagen durch die Presse bekannt gewordenen neuen Gehälter für die Beamten werden, sobald sie genehmigt sein werden, den 8. 63, der von allen Kriegsbekämpftenorganisationen wieder und wieder beklämpft wurde, für alle Beamten, selbst für die der Gruppe I, soll zur Anwendung bringen, und die Folge wird sein, daß nicht ein einziger Beamter und Staatsarbeiter seine Rente mehr bekommen wird, weil nach dem 8. 63 der A.B.G. bei den neuen Gehältern die gesamten Versorgungsgehälter mit Ausnahme der Zulagen ruhen. Die Versammlung ging einig mit dem Referenten, indem sie die Gauleitung bittet, unverzüglich mit der Reichsleitung bei den zuständigen Reichsbehörden vorstellig zu werden, damit gleichzeitig mit der Verabschiedung der Neuregelung der Beamtenbesoldungsvorsorge entweder der 8. 63 ganz aufgehoben, aus jeden Fall aber die darin genannten Sätze entsprechend den neuen Beamtengehältern heraufgesetzt werden.

— Baden-Baden, 8. Nov. (Tot aufgefunden.) Gestern Abend wurde hinter dem Sakaradenbrunnen ein neugeborenes Kind tot aufgefunden. Es war in ein Stück weißes Pergamentpapier einwickelt.

— Baden-Baden, 7. Nov. Nach Beratung mit dem Finanzamt hat der Stadtrat nun den Entwurf des Haushaltsplans für 1921 fertiggestellt. Der Entwurf wird dem Bürgerausschuss demnächst zur Beratung und Beschlussfassung unterbreitet werden. Nach der Vorlage ist zur Deckung des Festbetrages zwischen Einnahmen und Ausgaben die Erhebung einer Umlage von 1,42 M. auf 100 M. Steuerwert des liegenschaftlichen und gewerblichen Betriebsvermögens erforderlich. — Da sich bei Aufstellung der Wählerlisten zur letzten Landtagswahl viele Mängel ergaben, die dazu führten, daß eine Anzahl Wähler ihr Wahlrecht nicht ausüben konnten, hat der Stadtrat mit dem Bezirksamt dahngehend Vorschlag genommen, daß in Zukunft solche Fehler vermieden werden. Zu dem gleichen Zweck wurde auch ein Stadträtlicher Ausschuss gebildet. — Eine

Prüfung hat ergeben, daß im Winter in der Stadt keine erhebliche Arbeitslosigkeit zu erwarten ist. Trotzdem wird der Stadtrat beim Bürgerausschuss für sorgfältig 500 000 Mark für im Bedarfsfall auszuführende städtische Notstandsarbeiten anfordern.

— Wühlertal, 8. Nov. Im Alter von 62 Jahren ist der Maler Konrad Schneider nach längerer Krankheit gestorben. Er stand 20 Jahre im Dienste unserer Gemeinde. — Im Kloster Marienheim der Franziskanerinnen zu Oberasbach fand kürzlich die Feier der Einweihung und Profekabteilung von Schwester in Gegenwart des Erzbischofs Dr. Frig statt.

— Eistenal b. Bühl, 4. Nov. Zum Andenken an ihre im Weltkrieg gebliebenen Angehörigen ließ die Gemeinde vor kurzem zwei Gedenktafeln aufstellen. Die Erinnerungstafeln sind zu beiden Seiten des Kircheneingangs angebracht und enthalten die Namen der gefallenen Krieger. Der figurliche Schmuck zeigt in schöner Komposition den Ritter St. Georg und einen sterbenden Soldaten. Die künstlerische Gestaltung der Anlage ist ein Werk von Bildhauer Otto Faust von Karlsruhe.

## Mannheim

— Mannheim, 5. Nov. Die hiesige Polizeibehörde hielt es für nötig, sich den Marktbetrieb besonders in seiner letzten Entwicklung etwas mehr anzusehen. Es erschienen bereits um 6 Uhr Staatsanwalt Müller, drei Polizeieinspektoren und ein erhebliches Aufgebot von Polizei und Kriminalbeamten in Zivil, um Preistreibern, Kettenhändlern und vor allem den Herren in Pelzströgen aus dem Saargebiet auf die Finger zu legen. Als das Treiben dieser Herren so richtig im Gange war, wurden sie von den Polizisten gestellt und der Staatsanwaltschaft übergeben. Die zusammengetauften Waren wurden beschlagnahmt. Es gelangten auch verschiedene Mannheimer Händler und Händlerinnen wegen Preistreiberei und Kettenhandels zur Anzeige.

— Mannheim, 8. Nov. (Mißglückter Diebstahl.) Auf dem hiesigen Viehhof entriß der 28 Jahre alte Schlosser August Eienne aus Waldhof dem Sohne des Viehhändlers Loch die Aftenmappe mit 20 700 M. Inhalt. Er ergriff die Flucht, wurde ihm von den Anwesenden eine ordentliche Tracht Prügel verabreicht.

— Semsfeld b. Welsheim, 6. Nov. Bei der Bürgermeistereiwahl wurde Herr Schaller, der bisher als Ratsschreiber im Gemeindefunktionär tätig war, zum Bürgermeister der hiesigen Gemeinde gewählt.

## Freiburg

H. Passenweiler (Amt Staufer), 9. Nov. Die Hausammlung für die Unglücklichen in Oppau ergab die Summe von 798,65 Mark.

— Mühlheim, 9. Nov. In den Verhandlungen, die das Bürgermeistertum des Erwerbs eines Teiles der Infanterieskasernen in Berlin mit dem Reichsstatistikministerium geführt hat, hat das Reichsstatistikministerium den Verkauf des Mannschaftshauses 2, des Wirtschaftsgebäude und der Kläranlage an die Stadt zugestimmt, unter der Voraussetzung, daß es dem Reich möglich ist, auch das Mannschaftshaus 1 abzuschaffen, das die Stadt seit 1919 gemietet und zu Notwohnungen hergerichtet hat. Die verschiedenen Möglichkeiten, die verlangten Voraussetzungen zu erfüllen, werden zur Zeit erörtert. Mit den Gebäuden erhält die Stadt einen beträchtlichen Teil des ehemaligen Kasernenhofes, in dem von ihr beantragten Umfang. Ueber den von der Stadt zu bezahlenden Kaufpreis wurde ebenfalls eine Einigung erreicht. Der Preis beträgt rund 650 000 Mark.

## Konstanz

— Konstanz, 8. Nov. (Sturmchäden.) Auch in der Bodenseeregion richtete der am Sonntag herrschende Sturm beträchtlichen Schaden an. Die am Sonntag nachmittag auf dem See verkehrenden Schiffe konnten meist nur an Orien mit Hilfe anlegen. Schwere Fahrt hatte das Dampfschiff „Gris“. Das Schiff war mit Passagieren sehr stark besetzt und wurde von den Wellen ständig hin- und hergeworfen. Viele Reisende wurden sekrank. Ein Mädchen aus Konstanz wurde in bewußtlosem Zustande in das Krankenschiff Friedrichshafen eingeliefert. Die Schiffüberfahrt zwischen Münsbach und der Insel Reichenau mußte eingestellt werden. Auch in Lindau wurde beträchtlicher Schaden angerichtet.

— Konstanz, 8. Nov. Auch der Wasserstand des Bodensees hat sich in den letzten Tagen gehoben. Innerhalb zweier Tage stieg das Wasser um ungefähr 35 cm, jodoch am Montag früh am Konstanzer Pegel 3,32 m verzeichnet werden konnten.

— Gmünd, 8. Nov. (Bürgermeisterwahl.) Bei der Bürgermeisterwahl erhielt der bisherige Bürgermeister Johann Wöhlele von 698 abgegebenen Stimmen 605. Wöhlele ist bereits 33 Jahre im Amt.

— Singen a. H., 8. Nov. Auf dem hier abgehaltenen Regau-Tängetest wurde beschlossen, in Singen eine Sängerkapelle mit einem Aufwand von über 1 Million Mark zu errichten.

## Salem Raucher!

**Die Beibehaltung der alten, feinen Qualität macht nach Inkrafttreten der neuen Steuersätze folgende erhöhte Preisnotierungen leider unvermeidlich:**

**Salem Meißum**  
**Salem Gold**

N <sup>o</sup> 40 rot,	50 grün,	60 orange,	80 gelb
40	50	60	80 Pf. d. St.

**Cavalier 80 Pf. Cabinet M. 125 Pf. d. St.**

**Die Preiserhöhung ist so niedrig bemessen, daß sie nur einen Teil unseres Selbstmehrkosten deckt. Sie werden durch einen wirklichen Genuss für den Preiszuschlag entschädigt.**

„Denizze“



# Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 9. November 1921.

## Neuregelung des Lohnabzugs.

Mit dem 1. November l. J. trat ein Teil der in dem Gesetz über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn vom 11. Juni 1921 begründeten Vorschriften über den Abzug an Steuern vom Arbeitslohn außer Kraft. Welche Beträge nun nach der Rechtslage ab 1. November vom Arbeitgeber als Steuern abzuziehen sind, sei in den nachstehenden Ausführungen erläutert.

Wie bisher wird der Steuerabzug nur vom Arbeitslohn gemacht. Als solcher wird nach § 45, Absatz 2 des Gesetzes über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn vom 11. Juni l. J. der Gesamtbetrag der Einkünfte, die in öffentlichen oder privatem Dienste beschäftigt oder angestellte Personen aus dieser Beschäftigung oder Anstellung beziehen, angesehen. Auch Wartegelder, Ruhegehälter, Witwen- und Waisenpensionen, Bezüge aus der reichsgerichtlichen Angestellten-, Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung und andere Bezüge oder Geldwerte, Vorteile für frühere Dienstleistung oder Berufstätigkeit gelten als Arbeitslohn. Von diesem Lohn nach wie vor 10 vom Hundert ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens einzubehalten. Vor Errechnung der Steuer müssen wie bisher die steuerfreien Einkommensteile (sog. Existenzminimum genannt), in Abzug gebracht werden. Abzuziehen sind mithin vom Arbeitslohn für den Ehemann und die Ehefrau bei Tagelohn je 4 Mark, bei Wochenlohn je 24 Mark, bei Monatslohn je 100 Mark.

Nach Abzug dieser Quoten ermäßigt sich das Arbeitseinkommen für jedes minderjährige Kind bei Tagelohn um weitere 6 Mark, bei Wochenlohn um weitere 36 Mark, bei Monatslohn um weitere 150 Mark.

Von dem nunmehr errechneten Nettobetrag sind 10 v. H. als Lohnabzug zu kürzen. Der Lohnabzug selbst ermäßigt wie bisher zur Abgeltung der früher als Werbungskosten bezeichneten, zulässigen Beiträge (Pauschalabzug) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Stunden um je 15 Pfennig.

Für je zwei angefangene oder volle Stunden, im Falle d. J. d. A. nach Tagen um 60 Pfg. täglich, im Falle d. J. d. A. nach Wochen um 3,60 Mark wöchentlich, im Falle d. J. d. A. nach Monaten um 15 Mark monatlich.

Die erhöhten Pauschalbeträge von 40 Pfg., 1,40 Mark, 8,40 Mark bzw. 35 Mark sind dagegen nicht von dem Betrag von 10 v. H. des Arbeitseinkommens in Abzug zu bringen.

Wichtig ist auch noch, daß bei Bezügen bis zu 24000 Mark eine weitere Veranlagung zur Einkommensteuer nicht mehr stattfindet. Der errechnete Lohnabzug gilt mithin als endgültige Steuer.

Die Abrechnung der einzubehaltenden Beträge erfolgt wie bisher auf volle 10 Pfg. nach unten.

† Todesfall. Heute nacht ist nach kurzem schweren Leiden Herr Edmund Bohnenblusch, Direktor der Firma Sinner u. G. in Grünwinkel, im Alter von 68 Jahren gestorben. Der Verstorbene widmete 35 Jahre lang der Firma seine Arbeitskraft und hat nicht unwesentlich durch seine erfolgreiche, aufopfernde Tätigkeit beigetragen, daß die Firma Sinner den heutigen Stand ihrer Leistungsfähigkeit erreicht hat. Die Angestellten verlieren in Direktor Bohnenblusch einen Vorgesetzten, der stets soziales Empfinden zeigte und sich durch seinen geraden aufrichtigen Charakter die Achtung seiner Untergebenen zu sichern wußte.

Die Steuerzulagen der Angestellten des Handelsamtes bezirks Karlsruhe. Wie wir schon mehrfach mitteilten, haben die von den Angestelltenorganisationen eingeleiteten Verhandlungen wegen Gewährung einer Steuerzulage für den Monat Oktober nur mit den Arbeitgebern des Groß- und Kleinhandels zu einem Abschluß geführt. Die Arbeitgeber der Industrie verwiesen die Angestelltenorganisationen an den Schlichtungsausschuß, der nunmehr gestern zu einer Sitzung zusammentrat. Der Schlichtungsausschuß fällt eine Schiedsentscheidung, der den Angestellten der Industrie eine Steuerzulage für den Monat Oktober bewilligte, die sich zwischen 65 M. und 300 M. bewegt, also um ein wenig höher ist wie die Steuerzulagen beim Groß- und Kleinhandel. Wie wir erfahren, haben die Angestelltenorganisationen diesen Spruch des Schlichtungsausschusses anerkannt. Von den Arbeitgeberverbänden der Industrie liegt bis jetzt noch keine Mitteilung vor, ob der Schiedspruch anerkannt wird.

Die Witterung ist in den letzten Tagen eine recht schwankende geworden. Im Hochschwarzwald ist harter Schneefall eingetreten. Am gestrigen Tage trat auch hier leichter Schneefall ein, allerdings war er noch sehr wässrig, in vergangener Nacht um die elfte Stunde und heute früh nach 4 Uhr ging abermals Schnee nieder, der einen weiteren Rückgang in der Temperatur zur Folge hatte. Immerhin zeigte das Thermometer früh 6 Uhr in freier Lage noch 1 Grad Wärme.

Karlsruher Marktbericht vom 9. November. Die Zufuhr an Gemüse und Obst war heute gut. Nur Rotkraut und Kartoffeln waren schwach vertreten. Nach Fildersberg ist immer noch lebhaft Nachfrage. Preis pro Ztr. 110 M. In Fleisch- und Wurstwaren war wieder gutes Angebot zu bisherigen Preisen, dagegen hat Schweinefleisch, Butter, Margarine, Wildbret, Eessische und Eier zum Teil beträchtlich im Preise angezogen. In Käse war schöne Auswahl vorhanden. Keine Preisänderung. Der allgemeine Absatz war mittelmäßig.

Ausgefundenes Geld. Es wurde aufgefunden im Monat Oktober: am 1. auf dem Bahnhof Scheffenz der Betrag von 160 M.; am 2. auf dem Bahnhof Talmühle ein Geldbeutel mit 21,20 M.; auf dem Bahnhof Heidelberg ein Geldbeutel mit 8 M.; am 3. auf dem Bahnhof Heidelberg der Betrag von 10; auf dem Bahnhof Mannheim ein Geldbeutel mit 40,05 M.; auf dem Bahnhof Karlsruhe der Betrag von 9 M.; im Zug 1272 ein Geldbeutel mit 32,68 M.

abgeliefert in Karlsruhe; im Zug 746 ein Geldbeutel mit 15,10 M. abgeliefert in Neulohheim; am 4. im Zug 447 ein Geldmappchen mit 11 M. abgeliefert in Heidelberg; auf dem Bahnhof bei Hiltig ein Geldbeutel mit 52,85 M. abgeliefert in Hinterarten; am 5. auf dem Bahnhof Baden-Baden der Betrag von 22 M.; auf dem Bahnhof Baden-Baden der Betrag von 22 M.; im Zug 75 ein Geldbeutel mit 16,05 M. abgeliefert in Karlsruhe; am 6. im Zug 971 eine Brieftasche mit 565,15 M. abgeliefert in Karlsruhe; im Zug 1573 eine Handtasche mit 24,65 M. abgeliefert in Donaueschingen; auf dem Bahnhof Karlsruhe ein Geldbeutel mit 12,55 M.; am 7. auf dem Bahnhof Durlach der Betrag von 100 M.; am 8. auf dem Bahnhof Baden-Dos der Betrag von 10 M.; im Zug 1574 ein Geldbeutel mit 12,10 M. abgeliefert in Hinterarten; am 9. auf dem Bahnhof Markdorf der Betrag von 20 M.; auf dem Bahnhof Karlsruhe der Betrag von 20 M.; am 11. im Zug 24 ein Geldbeutel mit 10,90 M. abgeliefert in Bruchsal; im Zug 86 ein Brustbeutel mit 1000 M. abgeliefert in Mannheim; auf dem Bahnhof Emmendingen der Betrag von 20 M.; am 12. auf dem Bahnhof Heidelberg eine Brieftasche mit 86 M.; am 13. auf dem Bahnhof Appenweiler der Betrag von 58 M.; auf dem Bahnhof Rastatt ein Geldbeutel mit 20 M.; am 14. auf dem Bahnhof Bruchsal ein Geldbeutel mit 36,30 M.; auf dem Bahnhof Basel (Bad.) ein Taschengeld mit 9 M.; auf dem Bahnhof Basel (Bad.) ein Geldbeutel mit 15,70 Franken und 1,30 M.; im Zug 1715 ein Geldbeutel mit 20,65 Franken und 5,15 M. abgeliefert in Basel (Bad.).

Lebensversicherungen bis zu 30 000 Mark steuerfrei. Nach einem Beschlusse des Reichswirtschaftsrates wurde die steuerfreie Lebensversicherungssumme auf 30 000 Mark und die steuerfreie Jahresrente auf 3 000 Mark festgesetzt, ferner sollen diejenigen Lebensversicherungen steuerfrei bleiben, die von der Beitragspflicht zur Angestelltenversicherung befreit sind. Zu dieser Frage hat der Reichstag noch Stellung zu nehmen.

Den Besuchern der Pflanzenhäuser des Schlossgartens ist zur Gelegenheit gedient, eine kleine Pflanze (Zuccaroba aus der Familie der Amarillidaceen) mit einem Blütenstand von 5 Meter Höhe zu sehen, welche einer Kultur von etwa 50 Jahren bis zur Blüte bedarf. Die Heimat der Pflanze ist Südamerika und Westindien.

Verhaftet wurden: ein Schuhmacher, der wegen Diebstahls von der Staatsanwaltschaft Plauen eingeschrieben war, ein Sattler und ein Zigarrenmacher wegen Fettes, ein Lederjäger aus Krielingen wegen Diebstahls, ein Hausierer aus Mannheim wegen Fahrraddiebstahls, ferner ein Friseur, sowie ein Händler, beide von hier, die im Januar ds. Js. einen Einbruch in einem Magazin am alten Bahnhof verübt haben. Sie hatten eine erhebliche Menge Büchsenmehl gestohlen und um die Tat zu verheimlichen, das Gebäude in Brand gesetzt. Schließlich wurden noch verhaftet: ein Zeidler aus Ludwigsfelde, ein Hausierer aus Grünwettersbach wegen Betrugs und Urkundenfälschung, ein Kaufmann aus Straßburg wegen Preistreichei, ein von der Staatsanwaltschaft Leipzig zum Strafvolzug ausgeschriebener Hotelbdiener aus Debnitz und ein russischer Kaufmann wegen unerlaubter Grenzüberquerung.

Kaffeebauer. Beim heutigen Sonderkonzert der verklärten Kaffee wird Kapellmeister Dolezel als Solist auftreten.

## Aus dem Vereinsleben.

Sch. „Lieberhülle“. Auf den seit vielen Jahren das Winterprogramm einleitenden Vereinen kam es auch und freut sich die große Lieberhüllefamilie von jeder das ganze Jahr hindurch. Die lieblichen Reiter dieser Veranstaltung legen dabei auch ihre ganze Sorgfalt darin, nur das Beste zu bieten. Unverkümmert hierin ist unbedeutend Herr Doring, der auch letzten Samstag in der „Lieberhülle“ wieder mit einem anderen Programm aufwartete. Nur wer mitleben und mitarbeiten durfte, wußt zu schätzen, was die „Lieberhülle“ mit eigenen Kräften zu bieten vermag. Den künstlerischen Höhepunkt erreichte der Abend mit Paul Liebers alter, aber nie verlebender Operette „Man ist ein Stück Apfelsorte“, die — wie gleich mußfalsch verortet — an feinsinniger und unterhaltender Wirkung mit zum Besten gebt, was von der Vereinsbühne herab abgeben werden kann. Allerdings ist ein Erfolg, wie ihn die Operette am Samstag erzielte, nur möglich, wenn dem Spielleiter auch die erforderlichen künstlerischen Kräfte zur Verfügung stehen. Mit viel Geduld und treiflichen Mitteln gab Herr Reiser die Hauptrolle wieder. Die Damen Käthe, Wente, Penninger, Verlinger und Schwarz führten ihre Partien, aber Kincowas letzten Aufgaben entsagend durch. Ganz besondere Erwähnung verdienen jedoch die stilvollen Charakterdarstellungen der beiden „Schüler 30 Jahre alten“ gebildeten Jungfrauen Ambrasia und Gudrun von Fräulein Wente und Henninger. Die übrigen Mitwirkenden, alle einzeln zu nennen, assistiert der Magister selber nicht. Die Damen mögen sich daher mit dem aufrichtigen Gelobnisse begnügen, daß sie alle ohne Ausnahme wesentlich zu der vollen und schönen Aufführung beigetragen haben. Herr Reiser war — wie stets — der feinfühligste Begleiter am Klavier. In die Begleitung der sibirischen musikalischen Darbietungen teilte sich mit ihm Herr Doring. Um die Hauptnummer gründlicher sah ein stanz prächtiger Einzeldarbietungen. In idyllischer Mondscheinlandschaft sangen und tanzten Fräulein Schwarz und Gewissner Luv eine stimmungsvolle Märchenballade von W. Barth-Ortenberg. Die drei tierischen Gesellen zeigten alle Lebhaftigkeit und Geschicklichkeit im Gesang und Tanz wie in ihrem daintigen Spiele mit altemem Ball. Die als seine Summarien bekannten Herren Breitbaupt und Waber überboten sich gegenseitig darin, Iverschleierschütterungen hervorzurollen. Ein von ihrem Brunnenspiel herabgestiegenen, von der Stimmkommission in die, kaum die beiden Hentelstößen unbedeckt lassendes, dezentem Gewand gekleidete, recht indiskrete „Gesänge“ wußte auf Grund ihrer stillen Beobachtungen wieder aus der „Lieberhülle“ auszusperren. Eine Lieberhülle drachte der Schluß des Abends auf dem Gebiete der Nachbarschaft und Lieberhülle. Nach einleitendem, hochinteressanten Vortrag des Herrn Doring führte die Damen und Herren eine Reihe von Experimenten vor, die unglaublich waren, wenn man sie nicht selbst erleben hätte. Welche deutliche, verrieste Wirkungen auch im Reiche des Möglichen möglich sind, bewies die Außerer selber nicht angedeuteten Dimensionen entfallende ritzelbarte Außerer. Unter den Klängen eines klaren Marishes einer Abstellung der Feuerwerkskette, die auch während des Abends manche Probe ihrer Leistungsfähigkeit geben hatte, kante der Saal. Jede Befriedigung, der auf dem Belmwee noch mancher breiter Ausdruck verliehen wurde, pieelte sich auf allen Gesichtern wieder.

Der Bund der technischen Angestellten und Beamten hielt Dienstag abend im Löwenstagenkassale eine Versammlung ab, in der Gauleiter Gram-Essen das Thema „Lohn, Preisgestaltung und Tarifvertrag“ behandelte. Er gestellte u. a. die Tatsache, daß es neben grenzenlosem Elend in Deutschland, in einer Zeit, da tausende und abertausende von Familienvätern nicht das Nötigste an Nahrung und Kleidung für ihre Kinder anbringen, noch Leute gibt, die sich Deutsche nennen und dabei ein Schlemmer-

leben führen und sich einen Luxus gestatten, der alles Dagewesene übersteigt. Man müsse fordern, daß der wirtschaftliche Druck infolge der Entente auf allen Schultern lastet. Redner wünschte sodann einen genauen Einblick in die verschiedenen Zweige unseres Wirtschaftslebens — Kohlen-, Eisenindustrie usw. — zur Prüfung der Gestehungskosten und der Frage, inwieweit das Reich zur Hebung seiner Kreditwürdigkeit an solchen Unternehmen beteiligt werden kann. In diesem Sinne einen Teil der Real-, d. h. der Goldwerte, dem Reiche zuzuführen, bedeute keineswegs den Ruin von Industrie und Landwirtschaft. Er besprach des weitern die Lage der Arbeiter und Angestellten. Bei der fortwährenden Teuerung und Geldentwertung könnten gelegentliche Tarifierhöhungen nur über die Augenblicksnot hinweghelfen. Notwendig sei deshalb eine völlige Umwandlung unserer Wirtschaftsform. Der Achtstundentag würde zu Unrecht in Mitleid gebracht, da er die Leistungsfähigkeit nicht beeinträchtigt. Im Kohlenbergbau z. B. werde intensiver wie je gearbeitet, was umso anerkennenswerter sei im Hinblick auf die bedeutende Schwächung der physischen Kraft unseres Volkes während der Kriegsjahre. Redner streifte schließlich die geplante Kreditaktion des Reichsverbandes der Industriellen. Redner schloß unter Beifall mit dem Appell zum Zusammenhelfen der Beamten und Angestellten, Hand- und Kopfarbeitern. Nach der Aussprache wurden noch die vom Schlichtungsausschuß gestern beschlossenen Tarifsätze bekannt gegeben.

## Karlsruher Strafammer.

Karlsruhe, 8. Nov. Landgerichtsdirektor Dr. Djer führte in der heutigen Dienstagsitzung der 2. Strafkammer den Vorsitz; Anlagendirektor war Staatsanwalt Dr. Mörke.

Wegen verurteilter Abtreibung hatten sich vor dem Tribunal der Strafkammer die Bergarbeiter Anna Schwarzmaier aus Forstheim und der Bäcker August Kießer aus Niederrhein zu verantworten. Da es jedoch lediglich beim Verurteilten blieb, konnte eine sehr milde Gefängnisstrafe gegen beide Angeklagte verhängt werden, nämlich von 7 Wochen.

Im nächsten Fall waren der Kaufmann Max Frigo aus Geisingen und der Fabrikarbeiter Josef Grünfeld aus Oeffsa, wohnhaft in Stuttgart, wegen Vergehens gegen das Warenzeichengesetz und Betrugs angeklagt. Frigo hatte den Grünfeld beauftragt, Zigaretten herzustellen, und diese mit dem Warenzeichen der österreichischen Regiszarietten zu versehen. Wegen dieses Vergehens wurde Frigo zum Gefängnisstrafe verurteilt, dem von hier sollte die Ware nach Mannheim verbracht werden, zu einer Gefängnisstrafe von 3 Wochen und zu einer Geldstrafe von 500 M. und Grünfeld wegen Beihilfe zur Geldstrafe von 3000 M. verurteilt. Seitens der Staatsanwaltschaft wurde gegen dieses Urteil Einspruch erhoben. Der Antrag des Staatsanwaltes lautete auf eine empfindlichere Strafe. Das Gericht änderte diesem Antrage entsprechend das Urteil dahin ab, daß Frigo wegen Betrugs in Tateinheit verbunden mit Vergehens gegen das Schutzgesetz zu 2 Monaten Gefängnis, abzüglich der Wochen Untersuchungshaft und zu 3000 M. Geldstrafe, ferner Grünfeld wegen Beihilfe zur Geldstrafe von 2500 M. verurteilt wurde.

## Familien-Nachrichten.

### Aus aus den Standbüchern Karlsruhe.

Geburten. 8. Nov.: Ernde Rosa, Vater Arnold Pfanzelt, Kaufm., Giesela Luise, Vater Karl Dittus, Oberpostkonditor. — 4. Nov.: Walter Gerhard, Vater Wilhelm Strathaus, Kaufm. — 5. Nov.: Albert, Vater Johann Gerns, Schieferdecker; Kurt, Vater Wilhelm Müller, Eisenbahn-Ingenieur; Konsta, Vater Adolf Väter, Handelsmann. — 6. Nov.: Wilhelm, Vater Alexander David, Pfälzer; Adolf Wilhelm, Vater Adolf Stahl, Liegenschaftsagent. — 7. Nov.: Werner Ernst, Vater Leopold Glaser, Kgl. Arbeiter; Lotte Luise, Vater Otto Strobel, Konditor; Luise Eleonore, Vater Wilhelm Böll, Krankenwärter.

Eheschließungen. 8. Nov.: Wilhelm Brunner von Großweier, Straßenbauinspektor hier, mit Elisabeth Kießer von Forstheim; Wilhelm Raft von Heidelberg, Buchbindermeister hier, mit Alma Fiedler von Ludau-Luzern; Anton Klaidner von Nu, Masch.-Techn. hier, mit Johanna Pfefferle von hier; Heinrich Bracht von Uffhald, Unterfeldwebel in Weimingen, mit Karolina Lüttner von Alpendeim.

Todesfälle. 7. Nov.: Ludwika Red, Ehemann, Wärrermeister, 56 Jahre alt; Willibald Krab, Ehem., Kaufm., 31 Jahre alt; Maria Lena Dard, 43 Jahre alt; Gebraun von Otto Wendt, Verbandssekretär; Satomae Franzer, 67 Jahre alt. Ehefrau von Johann Franzer, Witw.

### Wetternachrichtendienst der bad. Landeswetterwarte in Karlsruhe.

Stationen	Luffdruck in Meeresebene	Temperatur (C)	Gestirne Höchstwärme	Niedrigste Temperatur	Wetter
Wetzheim	769,0	0	4	0	wolfig
Königsstuhl	769,7	-4	1	-4	bedeckt
Karlsruhe	769,7	0	6	0	bedeckt
Baden-Baden	767,7	-3	1	-4	wolfig
Willingen	767,7	-3	1	-4	bedeckt
Heidelberg Hof	765,3	-7	-3	-8	bedeckt
St. Blasien	765,3	-7	-3	-8	bedeckt
Badenweiler	765,3	-7	-3	-8	bedeckt

Allgemeine Witterungsübersicht. Im Bereiche des von Westeuropa vordringenden Hochdruckgebietes mit nördlichen Winden dauert das kalte Wetter mit leichtem Schneefall an. Die Temperaturen liegen in der Ebene nur wenig über dem Gefrierpunkt, in höheren Lagen des Schwarzwaldes herrscht Frost. Der hohe Druck gewinnt zwar stärkeren Einfluß, doch bleibt Baden teilweise im Bereiche eines über Italien lagernden Tiefdruckgebietes. — Weitere leichte Schneefälle sind zu erwarten.

Weiterausichten für Donnerstag, den 10. November 1921: Wolfig, geringer Niederschlag (Schnee) kalt, viel Nachtfröste.

### Wasserstand des Rheins.

Schusterinsel, 9. November, morg. 6 Uhr: 1,74 m, gest. 21 cm.  
Rehl, 9. November, morg. 6 Uhr: 2,81 m, gest. 11 cm.  
Wagau, 9. November, morg. 6 Uhr: 4,56 m, gest. 5 cm.  
Mannheim, 9. November, morg. 6 Uhr: 338 m, gest. 4 cm.

Man färbe dabei nur mit echten Brauns'schen Stofffarben und fordere die Lehr- und Gradationschüre Nr. 2 von Wilhelm Brauns, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Quedlinburg a. H.

Die gasgefüllte Osram-Nitra-Lampe vereint in sich alle Vorzüge der modernen elektrischen Glühlampe.

Erhältlich in den Osram-Verkaufsstellen.



# Südwestdeutsche Industrie- und Wirtschafts-Zeitung

Nr. 523

Handelszeitung der Badischen Presse.

9. November

## Das Reichswirtschaftsministerium über die Devisenbeschaffung.

Das Reichswirtschaftsministerium nimmt in folgenden Ausführungen zur Frage der Devisenbeschaffung aus dem Außenhandel Stellung:

Welchen Erfolg auch immer die in der Öffentlichkeit unter dem Stichwort „Kredithilfe durch die deutsche Industrie“ erörterten Vorschläge haben werden — es besteht die zwingende Notwendigkeit, effizient auf dem Wege der Warenausfuhr hochwertige Auslandsdevisen nach Deutschland zu bringen und zweitens, diese Devisen zur Verfügung der Reichsbank bezw. der Reichsregierung für Zahlungen an die Entente zu stellen. Gelingt die Durchführung dieser Absichten nicht, so drohen unserem Außenhandel die Beschlagnahme von 26 Prozent des Wertes jedes Auslandsgeschäftes und damit verbundene ungeheure Belästigungen, auch würde hiernach eine weitere Erleichterung des Wertes der Reichsbank und die Organe unserer Außenhandelskontrolle die Frage: Sollen Devisen-Herentnahme und Devisen-Erfassung im Wege gesetzlicher Zwangs erfolgen oder unter Aufsichtnahme der für die Außenhandelskontrolle eingerichteten Selbstverwaltungskörper (Außenhandelsstellen)?

Ein zentral angeordneter behördlicher Zwang der Devisenbeschaffung würde nur schematisch wirken können.

Er könnte weder die notwendigen Einflußbedürfnisse der einzelnen Firmen und Gewerbe genügend berücksichtigen, noch könnte er besonderen Verhältnissen ausreichend Rechnung tragen, die im Einzelfalle Ausnahmen von der Regel der Fakturierung in Auslands-Währung und der Devisenablieferung erforderlich machen. Es sei weiter auf die noch bestehenden Ausfuhrerleichterungen hingewiesen, auf die Schmälerung der Kontrolle im besetzten Gebiet, auf die besondere Lage naturgeschwacher Länder, auf die im Einzelfalle einmal mögliche und wünschenswerte Rücksicht auf den Marktbesitz eines laufenden Ausländers usw. — also Umstände, die für die einzelnen Gewerbebereiche verschieden wirken können und die daher von organisch in die Wirtschaft eingebauten Selbstverwaltungskörpern, wie den Außenhandelsstellen, sehr viel besser beurteilt und in Entscheidungen berücksichtigt werden können, als das ein unmittelbarer behördlicher Zwang vermöchte.

Das Ziel der Schaffung hochwertiger Valuta für die deutsche Wirtschaft (Fakturierung in Auslands-Währung) und die Zuführung an die Zentralstellen zu Reparationszwecken (Devisenablieferung) ist daher auf anderen Wegen verfolgt worden. In der Presse, in Rundschreiben und Merkblättern propagierten der Reichskommissar und die Außenhandelsstellen, Reichsbank und Privatbanken die vermehrte Fakturierung in Auslands-Währung. Daneben wurden im Zusammenwirken zwischen Reichsbank und Privatbanken günstige Bedingungen für die Verwertung der deutschen Exporteure zu bestehenden Devisen und zulebenden Auslandsforderungen geschaffen, sofern diese Werte für Reparationszwecke zur Verfügung gestellt werden.

Aus einer Zusammenstellung über die von den einzelnen Außenhandelsstellen eingehängenen Beschlüsse geht hervor, daß einzelne Gewerbegruppen einen größeren, die anderen einen geringeren Prozentsatz der ihnen aus der Ausfuhr zulebenden gesamten Devisenmenge zur Verfügung der Reichsbank stellen. Das Vorgehen der einzelnen Gewerbegruppen kann auch aus den eingangs erwähnten Gründen, die einer zentralen, schematischen Regelung entgegenstehen, nicht einheitlich sein. Denn einzelne Gewerbegruppen brauchen einen größeren, die anderen nur einen kleineren Teil der ihnen aus der Ausfuhr anfallenden Devisen im eigenen Geschäft, um den Betrieb fortzuführen bzw. neue Rohmaterialien aus dem Ausland beziehen zu können. Es zeigt sich indessen, daß die Anregungen der bezugnehmenden Stellen zur Erlangung und Bereitstellung von Devisen durchaus Erfolg gehabt haben. Der Vorgang belegt im übrigen die der Außenhandelskontrolle zunehmende Bedeutung und läßt erkennen, daß den bei jeder Konjunkturänderung wieder lauter werdenden Einzelwünschen nach freiem Handel nur mit Zurückhaltung begegnet werden darf. Denn ohne das Bestehen einer Ausfuhrkontrolle würde die Durchführung einer Maßnahme wie der Devisen-erfassung unmöglich sein.

**Einige Dividende und höhere Kurse.** Die spekulative Anspannung der Kurse der industriellen Aktien an die Geldwertentwicklung hat seit langem auf die gebotene Rücksichtnahme auf die Ertragsfähigkeit der Industrieunternehmen in den weitaus meisten Fällen verzichtet. In der letzten Zeit müht sich unter die steigenden Dividenden schon hier und da Ertragsverminderungen, ein Zeichen dafür, daß die Kapitalisierung der industriellen Wirtschaft auf ihrer neuen Basis gelegentlich den Ertragsmöglichkeiten vorausgeeilt war. Ein solcher Fall liegt jetzt wieder bei der Bogtdänischen Maschinenfabrik (vorm. J. C. u. S. Dietrich) A.-G. in Blauen i. Vogtl. vor. Die Gesellschaft erklärt eine um 8 auf die Hälfte des Vorjahresstandes auf 10 Proz. reduzierte Dividende. Gleichzeitig beantragt sie Kapitalvermehrung um 20 Mill. Stammaktien auf 40 Mill. Stammaktien und 62 Mill. (es befehlen zwei Serien Vorzugsaktien zu 20 und 2 Mill.) Stamkapital. Wieder wird ein höherer Bezugsrechtstamm angeboten mit einem Angebotspreis von 10 Mill. neuen Stammaktien zu 180 Proz., während die 10 Mill. weiteren neuen Stammaktien „im Interesse der Gesellschaft“ verwendet werden sollen. Somit schärft (nach älteren Erklärungen der Verwaltung seit dem Mai dieses Jahres nicht unerwarteter) Dividendenrückgang, dabei große Kapitalvermehrung und Verwässerung und außerdem weitgehende Vermehrung des flottanten Aktienmaterials (10 Mill. im Interesse der Gesellschaft zu verwertende Aktien). Mit diesen Tatsachen — die ersten Ankündigungen des Wandels in den Ertragslinien zeigen bereits weit zurück — vergleiche man die Kursentwicklung. In neuerer Zeit mühten die Aktien der Gesellschaft mehrfach gegenüber der künftigen Nachfrage rationiert werden. Ende September fand der Kurs 580 Prozent. Anfang November 925 Prozent. Es ist anzugehen, auf diese Verhältnisse hinzuweisen, um das Börsentreiben dieser Zeit richtig zu charakterisieren. — Neulich haben sich die Verhältnisse auch bei der Munitionsfabrik und Metallindustrie A.-G. Hindrichs-Auffermann in Karmen gestaltet. An der letzten Börse vom 3. ds. Mts. schloß der Kurs, der sich Ende September auf 621 gehandelt hatte, von 759 auf 842 Prozent in die Höhe. Heute erkaufte wir eine Mitteilung der Gesellschaft, wonach für 1920/21 aus 519 000 Mark (i. B. M. 781 000) Reingewinn eine Dividende von nur 8 Prozent (i. B. 12 Proz.) beantragt wird bei 83 000 Tantiemen und unter Kürzung des Vortrags von 1 325 882 auf 1 220 000.

## Industrie und Handel.

**Chemischer Maschinen- und Federfabrik A. G., Mannheim.** Die Aktionäre dieser Gesellschaft werden zu einer a. o. G. B. am 21. November 1921 nach Mannheim eingeladen. Auf der Tagesordnung stehen: Berichterstattung der Bilanz, des Gewinn- und Verlustkontos, sowie des Geschäftsberichts für 1920/21, Beschlußfassung über die Verteilung des Reingewinnes und Erteilung der Entlastung an die Verwaltungsglieder.

**Tagung der Süddeutschen Handelskammern in Konstanz.** Hier tagten gestern die Süddeutschen Handelskammern gemeinsam mit Vertretern der Deutschen Handelskammern in der Schweiz. Es waren circa 130 Teilnehmer anwesend, unter denen sich auch Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums und der einzelnen Landesregierungen befanden. Das Hauptreferat hielt der Syndikus der Handelskammer in der Schweiz, Herr Birch, über die Wirtschaftslage in der Schweiz und ihre Auswirkung auf den deutsch-schweizerischen Güteraustausch. Der Niederschlag des Referats und der Diskussion, die sich daran anschloß, kam zum Ausdruck in einer Resolution, in der festgelegt wurde, daß die katastrophale Entwertung der deutschen Valuta verursacht werde durch den Verfall der Verträge und das Londoner Ultimatum, ein Beweis dafür, daß die Deutschland auferlegten Lasten die Kräfte der deutschen Valutawirtschaft übersteigen. Eine Genüsung ist nach einmütiger Ueberzeugung der Versammlung nur durch Revision des Versailleser Vertrags erreichbar. Einen breiten Raum in den Verhandlungen nahm

Jobann die Gold- und Frankenhypothekentrag sowie die Frage des staatlichen Schutzes für die deutschen Valutahaltenden hinsichtlich der nicht hypothekarisch gesicherten Schulden ein. Im Anschluß an die Diskussion dieser Frage wurde eine entsprechende Resolution gefaßt. Am Nachmittag berichteten die Handelskammern über den Grenzverkehr, über Zollkontrolle und den deutsch-schweizerischen Veredelungsverkehr. Zur Beratung der verschiedenen Fragen wurden zwei Kommissionen ernannt.

**Bergwerk Wartenberg.** Nach Durchführung des Mutungsverfahrens ist von der oberen Verwaltungsbehörde in Karlsruhe der Gemeindefiskus „Johann Baptist“ in Wartenberg die Berechtigung verliehen worden, zur Gewinnung von Eisenerzen in den Gemarkungen Geisingen, Gutmadingen und Wartenberg (Amtsbezirk Donaueschingen) ein Bergwerk unter dem Namen „Wartenberg“ zu betreiben. Der Flächeninhalt des verlichenen Grubenfeldes umfaßt 189,4575 ha.

**Süddeutsche Industrie Aktien-Gesellschaft, D. D. Tübingen.** Die Gesellschaft ladet ihre Aktionäre zu einer a. o. G. B. auf den 25. November in Stuttgart ein. Auf der Tagesordnung stehen: Änderung des § 4 des Gesellschaftsvertrages; Antrag des Aufsichtsrats auf Erhöhung des Grundkapitals der Gesellschaft von 1 500 000 M auf 4 Mill. M durch Ausgabe von weiteren 2500 auf den Inhaber lautenden Aktien zum Nennbetrag von je 1000 M unter Ausschluß des Bezugsrechts der Aktionäre, Änderung des § 28 des Gesellschaftsvertrages, Antrag des Aufsichtsrats, die Bindung der Genossenschaft an eine bestimmte Artie zu beenden und die freie Uebertragbarkeit der Genossenschaft festzusetzen.

**Oberbayerische Zellstoff- und Papierfabrik A. G. in Wschaffenburg.** Die Gesellschaft, deren Kapital im Besitz der A. G. für Zellstoff- und Papierfabrikation in Wschaffenburg ist, erzielte an Pacht- und sonstigen Einnahmen 3 596 963 M (i. B. 1 494 035). Generalkosten erforderten 289 929 M (206 066), Anleihen und Hypothekenzinsen 177 852 M (183 363), Abschreibungen 3 000 000 M (920 863). Es verbleibt somit einschließlich 222 618 M (38 876) Vortrag ein Reingewinn von 331 800 M. Die Verwaltung schlägt vor, diesen Betrag wieder auf neue Rechnung vorzutragen.

## Deutscher Metallmarktbericht vom 31. Oktober bis 5. November.

Witgeteilt von der Metall- und Rohstoff-Gesellschaft m. b. H. Berlin. In der letzten Woche fand der deutsche Metallmarkt vollstommen unter dem Einfluß der Katastrophe, von welcher unsere Valuta betroffen ist. Während sich in den ersten Tagen der Berichtswache das Preisniveau ungefähr auf dem Stande der Vorwoche bewegte, schloß den Mittwoch ab mit dem Steigen des Dollars die Metallpreise erneut rapid in die Höhe. Die Bewegungen und Steigerungen kamen so schnell und so plötzlich, daß man gar keine Möglichkeit hatte, sich den neuen Preisen anzupassen, denn solche wurden fast von Stunde zu Stunde überboten. In welchem ungelassenen Verhältnis wir uns zur Zeit befinden, geht schon daraus hervor, daß die mehr die Notierungen steigen, umso ärgerlich ist das Risiko, und um so schwerer mühte ein Rückwärts, falls solcher eintreten sollte, den Markt treffen. Wenn nun auch natürlich die Kaufkraft nach wie vor sehr stark bleibt, so hat es doch den Anschein, als ob sich in manchen Kreisen eine gewisse Zurückhaltung bemerkbar macht; ob solche auf Grund für einen Rückgang, oder auf Mangel an Liquidität zurückzuführen ist, — sind doch bei diesem Preisniveau nur sehr laute Unternehmen in der Lage, größere Einkäufe zu tätigen. — läßt sich natürlich schwer beurteilen. Jedenfalls kommt immer weniger Material an den Markt, je mehr die Preise steigen, und die Nachfrage übersteigt bei sämtlichen Metallarten und Legierungen das Angebot bei weitem. Im Wochenende haben wir bei einem Dollarkurs von 250 Metallpreise von bisher nicht gekannter Höhe. Am Aktienmarkt hatten wir ebenfalls ein rapides Steigen der Preise. Hier war die Situation und die Preisbildung um so unangenehm, als für Metallteile jede offizielle Kursfestsetzung fehlt. Die nachfolgenden Metallpreise waren auch nur ein unzureichendes Bild vom Markt geben.

Die bezüglichen Preise der letzten Woche waren unverändert bis folgt: Elektrolytkupfer war bars 5300—5800 M, Raffinadekupfer, 9999/100, 4800 bis 5600 M, Silbitaluminium, 9999/100, 7100—8800 M, Reinmetall, 9999/100, 9000—11 000 M, Zinn, Banca oder Austral, 11 300—13 800 M, Stahln, 300/30, 4600—5600 M, Stahln, 1925—2300 M, Remetall, 1575—1800 M, Stahln, 1400—1650 M, Stahl, 1500—1800 M, Aluminiumblechabfälle, 9999/100, 5300—5900 M, alles per 100 kg.

Edelmetallepreise: Platte 410—485 M, Silber 320—335 M, alles per Gramm. Goldkurs der Reichsbank für ein 20 Markstück vom 7. bis 12. November 720 M.

Aluminiumpreise. Hegele, verpackt in geschlossenen Quantitäten, bei kleineren Posten erwerbsfähig. Aufschlag: Alufolien 4400—4900 M, Alufolien 3200—3600 M, Alufolien 2600—2900 M, Alufolien 2400—2700 M, Alufolien 1900—1600 M, neue Alufolien ca. 1600 bis 1850 M, Zinkblechabfälle 1400—1650 M, Stahl, 1500—1800 M, Aluminiumblechabfälle, 9999/100, 5300—5900 M, alles per 100 kg.

## Warenmärkte.

### Mannheimer Produktienbörse.

Durch Anschlag im Börsenamt erläßt der Vorstand der Mannheimer Produktienbörse folgenden Aufruf: Im Hinblick auf die schwierige Lage, in der sich die Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes gegenwärtig befindet, rüht sich der Vorstand der Mannheimer Produktienbörse verpflichtet, im Kampf gegen jene Elemente, die die notwendigen Lebensbedürfnisse der Gesamtheit schädigen, sich aufklärend an die Öffentlichkeit und insbesondere an alle an der Lebensmittelversorgung beteiligten Kreise zu wenden, mit dem dringenden Ersuchen, ihn in seinen Bestrebungen zu unterstützen.

Mit der seit einigen Wochen in verstärktem Maße einsetzenden Entwertung unserer Währung ist eine unermessbare Steigerung der Preise für Getreide, Mehl und sämtliche Landprodukte erfolgt. An dieser bedauerlichen Tatsache vermag niemand im Inland etwas zu ändern. Produzenten, Handel und Konsum müssen zusammenarbeiten, um Maßnahmen, welche die Notlage über den Marktwert hinaus, sowie absichtlich Zurückhaltung von Waren wirksam zu bekämpfen. Es müssen alle Personen rücksichtslos aus dem Geschäftsverkehr ausgeschlossen werden, welche durch ihr Gebahren Treu und Glauben verletzen und durch unredliche, gegen die guten Sitten verstößende Handlungsmittel das Ansehen der Geschäftswelt schädigen und die Allgemeinheit benachteiligen.

Der Vorstand der Mannheimer Produktienbörse wird mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln dafür eintreten, daß auch die früher zu billigeren Preisen abgeschlossenen Verkäufe im Interesse der Lebensmittelversorgung des Volkes erfüllt werden. Er wird nichts unversucht lassen, um die Verbraucher vor Preissteigerungen zu schützen. Sante- und Fleckentation in Frankfurt a. M. Auf der Häute- und Fellauktion in Frankfurt a. M. kamen 2574 Stück Großpichhäute zum Ausgob. Bei gutem Beluug wurde alles verkauft. Die Preise waren fest und brachten Aufschläge im Verhältnis zur vorigen Auktion bis gegen 40 Prozent. Rohhäute waren circa 30 Prozent teurer. Auf der anschließenden Lederbörse war die Stimmung entsprechend der Entwertung der Häutepreise und entsprechend der Entwertung der Devisenkurse fest. Der ziemlich starken Nachfrage aus allen Gebieten der Verbraucherkreise steht nur geringes Angebot gegenüber.

**Vom Chemikalienmarkt.** Durch die Hausse am Devisenmarkt und die Marktentwertung sind die Preise am Chemikalienmarkt stark gestiegen. Das Ausland tritt infolge der für sie günstigen Geldverhältnisse als Käufer auf, während sich die deutschen Käufer gegenüber den hohen Preisen etwas zurückhalten. Die Tendenz ist starr. Angeboten waren Mantristollmehl, Ammonialfein zu 450 M, gelbbraun-auris krist. Kali zu 5500 M, doppelchromsaures rotes krist. Kali zu 500 M, techn. reines wasserhaltiges Salmiakfein zu 500 M, Natrium-Natrium, handelsübliche Ware, zu 475 M; 96,99proz. Potasche zu 1250 M, techn. reine arjenfreie Salzsäure zu 50 M, weißes Ceresin zu 2400 M, gelbes zu 2300 M, gebranntes Alaun zu 500 M, Tieröl zu 1000 M, hellen Terpenindierol zu 1300 M, Gummi Chatti zu 1900 M, Buchenholzteer zu 100 M, krist. Chromalaun zu 1600 M, Ammon. Carbonat, p. v. zu 825 M, Natr. Salgicil purif. p. v. zu 7500 M, Phenolphthalein D. A. B. 5 10 000 M, Quecksilber, handels-

übliche Ware, 30 000 M, alles pro 100 Kilo ab Mannheim oder Ludwigshafen.

## Börsenberichte.

### Fortsetzung der Hausse am Devisenmarkt.

#### Kabel New-York im Rheinland 320.

Im freien Nachmittag- und Abendverkehr vom 8. November setzte sich die Hausse am Devisenmarkt in flüchtiger Weise fort. Besonders am rheinisch-westfälischen Markt, der infolge der Drahtfortsetzungen während der Hauptgeschäftsstunden völlig von den anderen Märkten abgegrenzt war, machte sich die Aufwärtsbewegung in erschreckender Weise geltend. Aber auch im Berliner Devisenverkehr, der durch die unklaren Ankündigungen des Reichswirtschaftsministers über weitere Maßnahmen zur Eindämmung der Spekulation, die anscheinend zu weit gehen, beunruhigt wurde, machten sich gestern wieder neue Steigerungen bemerkbar. So wurden genannt: London 1230, Holland 10 600, Kabel 305, Paris 2300, Schweiz 5800.

**Bekanntmachung des Börsenvorstandes.** (Abteilung Wertpapierbörse.) Vom 10. November ab sind die neu zugelassenen:

1. 2 952 000 M Aktien der Lindener Aktien-Brauerei Nr. 5041 bis 7992 zu je 1000 M.
2. 3 500 000 M Aktien der Harburger Eisen- und Bronzemetalle A.-G., Nr. 3501—7000, zu je 1000 M.
3. 3 500 000 M Stammaktien der Deutschen Wolllwaren-Manufaktur A.-G., Nr. 9001—12 500, zu je 1000 M.
4. 36 450 000 M Aktien der Bafakt A.-G., Nr. 13 551—50 000, zu je 1000 M.
5. 2 400 000 M Stammaktien der Spinnerei A.-G., norm. Joh. Friedr. Klauer, Nr. 3501—6200, zu je 1000 M.
6. 1 000 000 M Aktien der Norddeutschen Trikotweberei normals Leonhard Sprid u. Komp. A.-G., Nr. 1001—2000, zu je 1000 M.
7. 4 000 000 M Aktien der Maschinenfabrik Grebenbroich, Nr. 2001 bis 6000, zu je 1000 M.
8. 4 500 000 M Aktien der Deutschen Grundcredit-Bank, Serie IV, Nr. 27 501—31 250, zu je 1200 M, gleich den alten Stücken lieferbar.
9. Vom 10. November ab werden:  
Gebr. Müller Bierbrauerei-Aktien — 15 Prozent,  
Unterwerke-Aktien — 20 Prozent,  
Kaiser Maschinenfabrik-Aktien — 25 Prozent,  
Leonhard Braunholzwerte-Aktien — 15 Prozent,  
Osnabrücker Kupferwerke-Aktien — 15 Prozent,  
Phoenix Bergbau-Aktien — 25 Prozent,  
Schlesische Leinen Kramfabrik-Aktien — 30 Prozent,

ausschließlich Gewinnanteilschein für 1920/21 an hiesiger Börse gehandelt und notiert.

Vom gleichen Tage ab entfällt die Notiz für neue Schlesische Leinen-Ind. Kramfabrik-Aktien.

Vom 10. November 1921 ab sind die neu zugelassenen:

- 34 000 000 M Aktien der Köln-Rottweil A.-G. Nr. 55 601 bis 83 332, zu je 1200 M, und Nr. 83 333 zu je 1600 M gleich den alten Stücken lieferbar.

**Frankfurt, 9. Nov. (Eigener Drahtbericht.)** Vollerfassung der Kursmaller der Frankfurter Börse. In einer am 8. November abgehaltenen Vollerfassung der Kursmaller wurde im Hinblick auf die infolge der Ueberlastung des Effektenmarktes außerordentlich gemachten Fehlerquellen und Gefahren von Irrtümern beschlossen, bei den Banken und Bankhäusern, die sofortige Zustimmung der von den Maklern vermittelten Kaufs- und Verkaufsaufträge nach jeder Börse anzugeben. Auf diese Weise soll eine vermehrte Sicherheit der ordnungsmäßigen Vertragsausführung für alle Beteiligten gewährleistet werden und das Entstehen von Differenzen vermieden werden, die heute bei den starken Kursveränderungen eine sehr große Verlustgefahr bilden.

**Frankfurter Börse.** Der Börsenvorstand hat gegenüber eingetretenen Wünschen angeordnet: „Der Zutritt zur Frankfurter Wertpapierbörse ist künftighin Personen, die nicht zum Beluug der Wertpapierbörse zugelassen sind, nicht mehr gestattet. Ausnahmeweise kann Vertretern auswärtiger Bankfirmen, die durch eine hiesige zum selbständigen Handel an der Wertpapierbörse berechnigte Person eingeführt werden, der einmalige Zutritt gestattet werden, wenn jeweils vorher die Genehmigung eines Mitgliedes des Börsenvorstandes, Abteilung Wertpapierbörse, eingeholt wird.“

**Frankfurt am Main, 9. November.** Börsennotierungsbild. Im Effektenverkehr von Büro zu Büro war das Geschäft bescheiden. Die Tendenz kennzeichnete sich als schwächer, als in Anbetracht des Dollars verständlich erscheint. Belschlag lagen Angebote vor, und die Kurse, welche man hörte, lagen niedriger. Belschlag schiebt man die Vernehmung, welche vorlag, anderen Motiven zu. Man sieht in dem Beschluß des Berliner Börsenvereins, daß vom 1. Dezember ab in Dividendenwerten nur noch Stücke von 5000 Mark an oder einem mehrfachen Betrag davon, von den Maklern zur Ausführung angenommen werden, einen Schlag gegen die kleine Spekulation. Man nannte chemische Aktien circa 100 Prozent niedriger. Unterwerte Kleiner Benz Motoren, Elektrische Papiere lagen ebenfalls schwächer. Gut gehalten erschienen Bankaktien. Auslandswerte wie Mexikaner waren durch die Valutabewegung beeinflusst. Deutsches Petroleum circa 2000. Gegen Schluß war die Tendenz wieder fester.

**Frankfurter Börse vom 9. November.** Im Frühverkehr waren die Devisen schwach, doch machte sich durchweg eine nicht unbedeutende Abwärtsbewegung bemerkbar. Holland 9400, Schweiz 5100, Paris 2000, London 1075, Kabel Newyork 274.

## Vom Valutemarkt.

### Der Dollar

#### von 310 auf 252 1/2 gesunken.

**Frankfurter Devisennotierungen.** Frankfurt, den 9. Nov. Die heutigen Devisennotierungen stellen sich wie folgt:

Telegraph. Auszahlung.	8. 11. 21	9. 11. 21	Telegraph. Auszahlung.	8. 11. 21	9. 11. 21
Antw.-Brüssel	2172 80/177 50/17 820/1 761 80		Norwegen	4045 90/4054 11/1446 60/4453 70	
Holland	10 833 -10 851 -3541 20/858 70		Schweden	6963 -6977 -6934 30/5705 70	
London	1214 70/1217 30/9 10/1 960 10		Helsingfors	297 30	298 30
Paris	2247 70/2252 30/1780 70/1784 30		New-York	297 30	298 30
Schweiz	5564 80/5575 60/1725 30/4734 80		Wien (alt)	—	—
Spanien	4123 60/4134 20/3396 70/3330 30		D.-Oestr. abg.	8 74	8 76
Italien	1276 70/1278 30/1943 30/1951 10		Budapest	27 22	27 22
Lissabon-Op.	—	—	Prag	349 60	350 40
Dänemark	5094 90/5095 60/4593 40/4604 60				

**Berliner Devisennotierungen.** Berlin, den 9. Novbr. Die heutigen Devisennotierungen stellen sich wie folgt:

Telegraph. Auszahlung.	8. 11. 21	9. 11. 21	Telegraph. Auszahlung.	8. 11. 21	9. 11. 21
Amsterdam	10539 40/10540 60/10541 80/10542 70		New-York	309 69	310 51
Brüssel Antw.	2172 80/177 50/17 820/1 761 80		Paris	—	—
Brisbane	4760 70/4769 30/1471 20/1478 50		Schwiz	—	—
Kopenhagen	244 45/255 5	5120 55/423 65	Spanien	—	—
Stockholm	6383 15/6385 85	6334 30/705 70	D.-Oestr. abg.	8 74	8 76
Helsingfors	297 30	298 30	Prag	349 60	350 40
Italien	1276 70/1278 30/1943 30/1951 10		Budapest	27 22	27 22
London	1178 80/1181 20/981 50/983 50		Poln. Noten	—	—

**Zürcher Devisennotierungen.** Zürich, den 9. Nov. Die heutigen Devisennotierungen stellen sich wie folgt:

Telegraphische Auszahlungen.	8. 11. 21	9. 11. 21	Telegraphische Auszahlungen.	8. 11. 21	9. 11. 21
Holland	10 833	10 851	New-York	309	310
Deutschland	1 50	2 15	Agram	1 30	1 30
Wien	0 19	0 19	Lukarest	2 53	2 25
Paris	6 50	6 50	Kopenhagen	98 53	98 50
London	28 65	28 70	Stockholm	128 75	122 50
aris	21 03	21 -	Kristiania	73 -	74 25
Italien	22 25	22 30	Madrid	78 -	74 -
Brüssel	37 90	37 80	Buenos-Aires	173 -	175 -
Budapest	6 55	6 47 1/2			